Richtlinien für die Benutzung der Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes
Schreiben des VM vom 10. März 2014

Anlagen
Allgemeines Rundschreiben Straßenbau Nr. 02/2018
Auszug aus den Richtlinien für die Benutzung der Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes


Die aktuelle Fassung der Nutzungsrichtlinien soll in Kürze unter www.bmvi.de eingestellt werden.

Für die Straßen in der Baulast des Landes wird um analoge Anwendung der Nutzungsrichtlinie gebeten.

gez. Klaiber
Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

Oberste Straßenbaubehörden der Länder

nachrichtlich:
Bundesrechnungshof
Adenauerallee 81
53113 Bonn

DEGES Deutsche Einheit
Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH
Zimmerstraße 54
10117 Berlin

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände
Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin

Allgemeines Rundschreiben Straßenbau Nr. 02/2018
Sachgebiet 14.4: Straßenrecht,
Anlieger- und Anbaurecht, Sondernutzungen, Nutzungen

Betreff: Richtlinien für die Benutzung der Bundesfernstraßen in der Bauherr der Bundesländer

Bezug: Allgemeines Rundschreiben Straßenbau Nr. 03/2014 vom 04.02.2014 (Az.: StB 14/7175.1/3-1/2148743)
Aktenzeichen: StB 14/7175.1/3-1/2942000
Datum: Bonn, 15.01.2018
Seite 1 von 3

I.

Die Richtlinien für die Benutzung der Bundesfernstraßen in der Bauherr der Bundesländer (im Folgenden Nutzungsrichtlinien) sind in Abstimmung mit der Expertengruppe Versorgungsleitungen in den Teilen E (Telekommunikationslinien) und F (Technische Bestimmungen, Nor-
men und sonstige Regelwerke) sowie in der Anlage B 4 (Technische Bestimmungen für Arbeiten im Bereich der Straße) überarbeitet worden.


Zudem finden sich in den Nutzungsrichtlinien Anwendungshinweise zu den neuen Auskunftspflichten der Straßenbauverwaltung über passive Netzinfrastruktur (§ 77b TKG) und über Bauarbeiten (§ 77h TKG) sowie zu den neuen Ansprüchen von Eigentümern oder Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze auf Vor-Ort-Untersuchung passiver Netzinfrastruktur (§ 77c TKG) und auf Koordinierung von Bauarbeiten (§ 77i Abs. 1 bis 5 TKG).


Hinsichtlich der neuen Verpflichtung der Straßenbauverwaltung zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Mitverlegung passiver Netzinfrastruktur einschließlich Glasfaserkabel nach § 77i Abs. 7 Satz 1 TKG sind für einen Übergangszeitraum von zunächst 5 Jahren ab Inkrafttreten des DigiNetzG grundsätzlich bei allen Straßenbaumaßnahmen im Zuge von Bundesfernstraßen, deren anfänglich geplante Dauer acht Wochen überschreitet, Kabelschutzrohre, ausgestattet mit Glasfaserkabeln, mit zu verlegen, soweit die jeweiligen Straßenbaumaßnahmen hierfür nicht offensichtlich ungeeignet bzw. digitale Hochgeschwindigkeitsnetze nicht bereits offensichtlich in ausreichender Kapazität vorhanden sind oder sich nicht ein Privater zur bedarfsgerechten Mitverlegung verpflichtet hat. Die technischen Vorgaben hinsichtlich der
mit zu verlegenden Kabelschutzrohre und Glasfaserkabel werden unter Berücksichtigung des in der Arbeitsgruppe Digitale Netze zu Umsetzungsfragen des DigiNetz-Gesetzes bzw. ihrer Unterarbeitsgruppe Materialkonzept (UAG) erarbeiteten Handlungsempfehlungen mit gesondertem Schreiben bekannt gegeben. Die Finanzierung der bedarfsgerechten Mitverlegung von Kabelschutzrohren einschließlich Glasfaserkabeln nach § 77i Abs. 7 Satz 1 TKG erfolgt aus dem Straßenbauplantitel, aus dem die betroffene Straßenbaumaßnahme überwiegend finanziert wird. Die Vermarktung der nach § 77i Abs. 7 Satz 1 TKG errichteten passiven Netzinfrastruktur und Glasfaserkabel wird zu einem späteren Zeitpunkt gesondert geregelt.

II.

Hiermit gebe ich die auf der Homepage des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur unter www.bmvi.de in der aktualisierten Fassung veröffentlichten Nutzungsrichtlinien bekannt und bitte, sie für den Bereich der Bundesfernstraßen einzuführen.

Von Ihrem Einführungserlass bitte ich mir eine Kopie zu übersenden. Im Interesse einer einheitlichen Handhabung empfehle ich, die aktualisierten Nutzungsrichtlinien auch für die in Ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Straßen einzuführen. Das ARS Nr. 03/2014 hebe ich hiermit auf.

Im Auftrag
Dr. Stefan Krause

Beglaubigt:

Angestellte
Richtlinien

für die Benutzung

der Bundesfernstraßen

in der Baulast des Bundes

(Nutzungsrichtlinien - Auszug)

bekanntgemacht mit Allgemeinem Rundschreiben Straßenbau Nr. 02/2018 des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur vom 15.01.2018
Frühere Fassungen der Gesamtausgabe

(beginnend mit der erstmalig konsolidierten Fassung der Nutzungsrichtlinien, bekannt gemacht mit ARS Nr. 5/2009):

Nutzungsrichtlinien, bekannt gemacht mit ARS Nr. 5/2009 vom 11.05.2009

Nutzungsrichtlinien, bekannt gemacht mit ARS Nr. 5/2013 vom 26.03.2013

Nutzungsrichtlinien, bekannt gemacht mit ARS Nr. 3/2014 vom 04.02.2014
Richtlinien für die Benutzung der Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes
(Nutzungsrichtlinien)

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis

Teil A - Begriffe
1. Gemeingebrauch
2. Sondernutzung
3. Sonstige Benutzung
4. Zufahrten
5. Zugänge

Teil B - Sondernutzung
1. Erlaubnis
2. Gebühren und Auslagen
3. Verfahren
4. Zuständigkeit
5. Unerlaubte Sondernutzung
6. Maßnahmen bei Nichterfüllung von Verpflichtungen
7. Widerruf
8. Maßnahmen nach Beendigung der Sondernutzung
9. Ordnungswidrigkeiten
10. Abweichende Regelungen für Ortsdurchfahrten
11. Zufahrten und Zugänge
12. Erlaubnispflicht nach dem Straßenverkehrsrecht
13. Straßenbahnen und Obusse
14. Autowracks und sonstige größere Abfälle
15. Technische Bestimmungen für Arbeiten im Straßenbereich

Teil C - Sonstige Benutzung
1. Vertragliche Regelung
2. Unerlaubte Benutzung
3. Benutzungsentgelte
4. Sonderfälle
Teil D - Ver- und Entsorgungsleitungen

1. Rechtsgrundlagen, Begriffsbestimmungen
2. Gestattungsverträge
3. Folgepflicht, Folgekostenpflicht, Herstellungskosten
4. Besondere Regelungen in den neuen Ländern für Mitnutzungsverhältnisse, die am 3. Oktober 1990 bestanden
5. Verwaltungsmaßige Durchführung
6. Behandlung ungeregelter Benutzungen
7. Anbaurecht
8. Mehrere Baulastträger
9. Kostenregelung bei straßenbaubedingter Änderung von Beleuchtungsanlagen in Ortstrafendurchfahrten mit geteilter Baulast
10. Leitungen der Verteidigung

Teil E - Telekommunikationslinien

1. Öffentlich-rechtliche Wegenutzung
2. Privat-rechtliche Mitnutzung passiver Netzinfrastruktur der Bundesfernstraßen
3. Verpflichtung der Straßenbauverwaltung zur Mitverlegung passiver Netzinfrastruktur
4. Koordinierung von Bauarbeiten
5. Planfeststellung
6. Anbaurecht

Teil F - Technische Bestimmungen, Normen und sonstige Regelwerke

Anhang:

Anlage B 1
Sondernutzungserlaubnis - Allgemeines Muster

Anlage B 2
Muster einer Sondernutzungserlaubnis für Zufahrten/Zugänge außerhalb des Erschließungsbe- reiches der Ortsdurchfahrt

Anlage B 3
Technische Angaben für Zufahrten/Zugänge

Anlage B 4
Technische Bestimmungen für Arbeiten im Bereich der Straße

Anlage C 1
Muster eines Nutzungsvertrages

Anlage C 2
Entgelte bei sonstiger Benutzung gemäß § 8 Abs. 10 FStrG
Anlage D 1
- Muster eines Rahmenvertrages zur Regelung der Mitnutzungsverhältnisse zwischen Bundesfernstraßen und Leitungen der öffentlichen Versorgung

Anlage D 2
Muster eines Straßenbenutzungsvertrages für Leitungen der öffentlichen Versorgung in Bundesfernstraßen (MuV 1987)

Anlage D 3
Straßenbenutzungsvertrag für Leitungen der öffentlichen Versorgung bei Hinzukommen der Straße (Gegenvertrag)

Anlage D 4
Muster einer Kostenübernahmeerklärung bei Verlegungs- und Sicherungsmaßnahmen nach dem Rahmenvertrag

Anlage D 5
Entschädigungsvertrag

Anlage D 6
Vorfinanzierungsvertrag

Anlage D 7
Leitungen der Verteidigung in Straßen
Muster einer Entschädigungs- und einer Straßenbenutzungsvereinbarung bei Hinzukommen der Straße

Anlage D 8
Vereinbarung zur gemeinsamen Durchführung von Arbeiten an Straßen und Ver- und Entsorgungsleitungen/Telekommunikationsleitungen

Anlage E 1
Antrag auf Erteilung einer Zustimmung nach § 68 Abs. 3 TKG

Anlage E 2
Muster einer Zustimmung mit Ergänzungen zur untiefen Verlegung gemäß § 68 Abs. 3 TKG

Anlage E 3
Änderungsmitteilung nach dem TKG

Anlage E 4
Antrag auf Mitnutzung nach § 77d Abs. 1 TKG

Anlage E 5
Muster eines Mitnutzungsvertrags gemäß § 77d TKG

Anlage E 6
Ablehnung eines Antrags auf Mitnutzung gemäß § 77g Abs. 1 TKG
Anlage E 7
Synopse zur TKG-Änderung vom 10.11.2016 (DigiNetzG)

...
3. Benutzungsentgelte


...
1. Öffentlich-rechtliche Wegenutzung (§§ 68, 69, 71 bis 77 TKG)


Für die privat-rechtlich ausgestaltete Mitnutzung passiver Netzinfrastruktur der Bundesfernstraßen im Sinne von § 3 Nr. 17 TKG durch Tk-Linien nach den §§ 77b ff TKG gilt dagegen Nummer 2 dieses Teils der Nutzungsrichtlinien (siehe zum Begriff der passiven Netzinfrastruktur § 3 Nr. 17 TKG sowie Nummer 2 dieses Teils der Nutzungsrichtlinien; Beispiele einer passiven Netzinfrastruktur sind etwa ein Kabelschutzrohr oder ein Mobilfunkmast). Soweit es ausschließlich um die Mitnutzung passiver Netzinfrastruktur der Bundesfernstraßen geht, ist damit keine Zustimmung nach § 68 TKG erforderlich.

1.1. Zustimmung der Straßenbauverwaltung

1.1.1 Grundsatz der Benutzung der Bundesfernstraßen (§ 68 TKG)

Nach § 68 Abs. 1 TKG besteht das (öffentlich-rechtliche) Recht, eine Bundesfernstraße für die öffentlichen Zwecken dienenden Tk-Linien unentgeltlich zu benutzen, soweit dadurch nicht der Widmungszweck der Bundesfernstraße dauernd beschränkt wird. Gemäß § 68 Abs. 3 TKG entscheidet die Straßenbauverwaltung über die Mitnutzung von Bundesfernstraßen (mit Ausnahme der Mitnutzung ihrer passiven Netzinfrastruktur nach § 77d TKG) bei Verlegung, Errichtung, Änderung und Erneuerung von öffentlichen Zwecken dienenden Tk-Linien und bestimmt den Umfang der Nutzungs berechtigung im konkreten Verkehrsweg. Die Zustimmung nach § 68 Abs. 3 TKG
(Verwaltungsakt/öffentlich-rechtlicher Vertrag) ist - auch bei Anwendung des Verfahrens nach § 68 Abs. 2 Satz 2 TKG - zu erteilen, wenn der Antragsteller Wegenutzungsberechtigter nach § 69 TKG ist, der Gemeingebrauch der Straße nicht dauernd beschränkt wird und die Tk-Linie den Anforderungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie den anerkannten Regeln der Technik entspricht (§ 68 Abs. 1 und 2 Satz 1 TKG). Eine Tk-Linie wird in § 3 Nr. 26 TKG definiert.

Darüber hinaus ist der beantragten Verlegung von Glasfaserleitungen in geringerer Verlegetiefe als nach den Allgemeinen Technischen Bestimmungen für die Benutzung von Straßen durch Leitungen und Telekommunikationslinien vorgesehen unter Berücksichtigung des aktuellen Wissensstandes grundsätzlich zuzustimmen, wenn

1. die Verringerung der Verlegungstiefe nicht zu einer wesentlichen Beeinträchtigung des Schutzniveaus und
2. nicht zu einer wesentlichen Erhöhung des Erhaltungsaufwandes führt oder
3. der Antragsteller die durch eine mögliche wesentliche Beeinträchtigung entstehenden Kosten beziehungsweise den höheren Verwaltungsaufwand übernimmt.

Eine wesentliche Beeinträchtigung des Schutzniveaus ist danach dann kein Ablehnungsgrund für die Verlegung in geringerer Tiefe, wenn der Antragssteller die durch eine mögliche wesentliche Beeinträchtigung entstehenden Kosten übernimmt. Der Antragssteller muss in diesen Fällen sich verpflichten, die Kosten, die durch einen möglichen früheren Verschleiß entstehen, zu übernehmen. Entsprechendes gilt im Falle einer wesentlichen Erhöhung des Erhaltungsaufwands.

Die vorgenannte Regelung, wann von den Allgemeinen Technischen Bestimmungen für die Benutzung von Straßen durch Leitungen und Telekommunikationslinien abgewichen werden kann, betrifft allein die Verringerung der Verlegungstiefe und damit die Möglichkeit, mittels unconventioneller Verfahren Tk-Linien im Straßenoberbau zu verlegen. Ansonsten sind die gesetzlichen Anforderungen an die Erteilung der Zustimmung (Verwaltungsakt) nach § 68 Abs. 3 TKG zu beachten. Daher muss die Verlegung von Tk-Linien allen Anforderungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und den anerkannten Regeln der Technik genügen.
Das Schutzniveau im Sinne des § 68 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 TKG bezieht sich auf den bautechnischen Zustand, die Qualität der bestehenden Straße, die sich durch die Verlegung nicht wesentlich verschlechtern darf. Eine Verschlechterung kann z. B. darin liegen, dass bereits eine Leitung im Trenchingverfahren oder einem anderen unkonventionellen Verfahren in der Straße verlegt wurde und nun eine weitere hinzukäme.

Im Bereich der Rollspuren (befahrene Flächen der Fahrstreifen) wird regelmäßig von einer Beeinträchtigung des Schutzniveaus - Verformung der Oberfläche der Straße - in einer Weise ausgegangen werden können, dass dies weder für die Straße noch für die Tk-Linie hingenommen werden kann. Die Verlegung von Tk-Linien in geringerer Verlegetiefe soll vorrangig im Bereich des Geh- oder Radweges erfolgen.


Aufgrund der ingenieurmäßigen Beurteilung im Einzelfall können andere oder weitergehende Anforderungen zu stellen sein. Diese sind ggf. als Nebenbestimmungen in den Verwaltungsakt aufzunehmen.

Mit Einhaltung der gesetzlichen Kriterien nach § 68 Abs. 2 S. 1 und Abs. 3 TKG soll sichergestellt werden, dass die Verringerung der Verlegungstiefe nicht zu einer we-
sentlichen Beeinträchtigung des Schutzniveaus und einer Erhöhung des Erhaltungsaufwands führt, es sei denn, das Unternehmen trägt die entsprechenden Mehrkosten.

Wenn das Schutzniveau trotzdem wesentlich beeinträchtigt wird oder die Verlegung in geringerer Verlegetiefe zu einem erhöhten Verwaltungs-, Unterhaltungs- oder Erhaltungsaufwand führt, sind die zu erwartenden Kosten im Zustimmungsbescheid festzusetzen bzw. sind diese für zukünftige Beeinträchtigungen im Bescheid vorzubehalten. Die wesentliche Erhöhung des Erhaltungsaufwandes (z.B. frühere Deckenerneuerung oder das Erfordernis einer Handschachtung bei weiteren Arbeiten aufgrund Rück- sichtnahme auf die in geringerer Verlegetiefe verlegte Leitung, Fräsarbeiten erheblichen Umfangs oder sonstige Rücksichtnahmepflichten in erheblichem Umfang) ist dabei zu berücksichtigen.

Die Abnahme der letzten Deckenerneuerung oder grundhaften Erneuerung auf der betreffenden Straße muss im Falle einer Verlegung in geringerer Tiefe nach § 68 Abs. 2 Satz 2 TKG länger als 5 Jahre zurückliegen; Mängelansprüche gemäß VOB/B dürfen somit nicht mehr bestehen. Bestehende Gewährleistungsrechte gegenüber Auftragnehmern der Straßenbauverwaltung würden nach Durchführung einer Trenchingmaßnahme oder anderen Verlegemaßnahme in geringerer Verlegetiefe erlöschen bzw. nicht mehr durchsetzbar sein. Da eine Aufteilung nach möglicher Verantwortlichkeit nicht vorgenommen werden kann, ist in den entsprechenden Fällen der Antrag unter Hinweis auf § 68 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 TKG zurückzuweisen.

§ 68 Abs. 2 Sätze 2 und 3 finden keine Anwendung auf die Verlegung von Glasfaserleitungen oder Leerrohrsystmen in Bundesautobahnen und autobahnähnlich ausgebauten Bundesfernstraßen.

Lieg ein vollständiger Antrag vor, ist dem Antragssteller unverzüglich mitzuteilen, welche Unterlage fehlen. Wird der Antrag innerhalb von drei Monaten, bei Verlängerung der Frist gem. § 68 Abs. 3 Satz 3 innerhalb von vier Monaten, nicht vom Antragssteller vervollständigt, ist er abzulehnen, um die Zustimmungsfiktion des § 68 Abs. 3 Satz 2 TKG zu vermeiden. Ein vollständiger Antrag liegt vor, wenn der Antragssteller alle entscheidungsrelevanten Informationen dargelegt hat (siehe hierzu insbesondere das Antragsmuster in Anlage E 1 der Nutzungsrichtlinien).
Für die elektronische Zustimmung bzw. elektronische Antragsstellung (§ 68 Abs. 3 TKG) gelten im Übrigen die Verwaltungsverfahrensgesetze der Länder.

Allein die Inanspruchnahme von Bundesfernstraßen für die Verlegung passiver Netzinfrastruktur (z. B. ein Leerrohr), die nicht zu öffentlichen TK-Zwecken gedacht ist und auch nicht selbst Bestandteil der Bundesfernstraße ist, in der Bundesfernstraße stellt eine Mitnutzung nach § 8 Abs. 10 FStrG dar. Ist die Inanspruchnahme für passive Netzinfrastruktur dagegen zu öffentlichen TK-Zwecken gedacht und vom Begriff der Tk-Linie nach § 3 Nr. 26 TKG umfasst, soll sie also etwa im Rahmen eines Betreibermodells für den Betrieb eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes zur Verfügung stehen, ist eine Zustimmung nach § 68 Abs. 3 TKG erforderlich.

1.1.2 Übertragung des Wegerechts (§ 69 TKG)

Soweit nach § 69 Abs. 1 TKG der Kreis der Nutzungsberechtigten einer bestimmten öffentlichen Infrastruktur (hier Bundesfernstraße) auf den Eigentümer erweitert worden ist, trägt dies der Entwicklung zu veränderten Betriebs- und Nutzungsstrukturen im Bereich der Telekommunikationsnetze Rechnung, wie es auch im Bereich der Versorgungsleitungen festzustellen ist. Die Zustimmung ist dem Wegenutzungsberechtigten (Betreiber oder Eigentümer öffentlicher Telekommunikationsnetze) zu erteilen, der zuerst den vollständigen Antrag stellt.

Bei der Erteilung der Zustimmung sind folgende Muster zu verwenden:

– Antrag auf Erteilung einer Zustimmung nach § 68 Abs. 3 TKG mit Ergänzungen zur Verlegung in geringerer Verlegetiefe (Anlage E 1)
– Erteilung einer Zustimmung mit Ergänzungen zur Verlegung in geringerer Verlegetiefe (Anlage E 2)
– Änderungsmitteilung nach dem TKG (Anlage E 3)

Bei der Zustimmung sind die ATB-BeStra (siehe Teil F [13]) als anerkannte Regeln der Technik zum Bestandteil des Bescheides zu machen bzw. ausdrücklich zu vereinbaren. Sie gelten sowohl für die erstmalige Verlegung als auch für die Änderung und Erneuerung von Tk-Linien. Bei der Verlegung in geringerer Verlegetiefe gilt dies bezüglich der Verlegungstiefe nicht.
1.2 Kostentragung

1.2.1 Hinzukommen der Telekommunikationslinie und ihre Änderung

Der Wegenutzungsberechtigte ist verpflichtet, sämtliche dem Unterhaltungspflichtigen der Bundesfernstraße durch die Nutzung entstehenden Kosten und Mehraufwendungen (Folgekosten gem. § 72 Abs. 3 TKG; Erschwerniskosten gem. § 71 Abs. 2 TKG) zu tragen.

1.2.2 Hinzukommen der Straße zur Tk-Linie


1.2.3 Sonderfälle

1.2.3.1 Bei Änderung oder Beseitigung von Tk-Linien kommt § 72 TKG auch in Fällen der Drittveranlassung zur Anwendung (BVerwG, Urteil vom 01.07.1999, Az.: 4 A 27/98).

1.2.3.2 Wenn infolge einer Straßenänderung sowohl eine in der Bundesfernstraße verlegte Versorgungsleitung als auch eine Tk-Linie durch eine einheitliche Baumaßnahme geändert werden, werden die Kosten der Gesamtmaßnahme in dem Verhältnis aufgeteilt, in dem sie bei getrennter Durchführung der Maßnahmen zueinander stehen würden.

1.2.3.3 Sobald und solange Fernmelde- und Steuerkabel der VU auch vom Wegenutzungsberechtigten im Sinne von § 69 Abs. 1 i. V. m. § 68 Abs. 1 TKG für Telekommunikationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit genutzt werden, gelten für das Straßennutzungsrecht der Kabel ausschließlich die §§ 68 ff. TKG. Die Nutzungsänderung und die hierdurch herbeigeführte Änderung der Funktionsherrschaft werden der zuständigen Straßenbauverwaltung vorher bzw. unverzüglich schriftlich vom bisherigen Vertragspartner angezeigt.
Wird ein Fernmelde- und Steuerkabel nicht mehr von einem **Wegenutzungsberechtigten im Sinne von § 69 Abs. 1 i. V. m. § 68 Abs. 1 TKG** genutzt, wird dieses Kabel wieder als Zubehör zu den Versorgungsleitungen in die vertraglichen Mitnutzungsregelungen (RaV, MuV, GegV) einbezogen, wenn es vom VU ausschließlich für betriebliche Zwecke genutzt wird. Auch diese Nutzungsänderung wird der zuständigen Straßenbauverwaltung vom VU vorher bzw. unverzüglich schriftlich mitgeteilt.

Für die Anzeige ist in allen Fällen das Formblatt der **Anlage E 3** zu verwenden. Die vollständige oder teilweise Nutzung einer Tk-Linie eines **Wegenutzungsberechtigten im Sinne von § 69 Abs. 1 i. V. m. § 68 Abs. 1 TKG** für Steuerzwecke eines Versorgungsunternehmens führt nicht zur Behandlung als Versorgungsleitung.

1.2.3.4 Gemäß § 73 Abs. 1 TKG hat der Wegenutzungsberechtigte die **Baumpflanzungen auf und an Verkehrswegen nach Möglichkeit zu schonen und auf ihr Wachstum Rücksicht zu nehmen**. Dies trifft insbesondere auch auf Bauarbeiten des Nutzungsbe rechtigten im Havariefall zu. Der Wegenutzungsberechtigte hat dem Wegebaulastträger die Durchführung der Störungsbeseitigung anzuzeigen und die fachgerechte Schließung der Baustelle abnehmen zu lassen. Hierüber ist ein Dokument zu erstellen.

Nach § 73 Abs. 3 TKG hat der Wegenutzungsberechtigte die entstandenen Schäden am Baumbestand verschuldensunabhängig zu ersetzen. Dies ist ein öffentlich-rechtlicher Anspruch des Wegebaulastträgers.

1.3. **Durchführung**

1.4. Sonderfall der Errichtung von Mobilfunkanlagen, Fernspeiseeinrichtungen und DSLAMS auf Bundesfernstraßen

Durch die am 10.11.2016 erfolgte Änderung des TKG (BGBl. I 2016, 2473) umfasst der Begriff der Telekommunikationslinien gem. § 3 Nr. 26 TKG nun auch Fernspeiseeinrichtungen, DSLAMS (Digital Subscriber Line Access Multiplexer – DSL-Vermittlungsstellen) und Mobilfunkantennen (siehe hierzu auch die BT-Drs. 18/8332). Die Errichtung von Mobilfunkantennen, Fernspeiseeinrichtungen oder DSLAMS durch Dritte auf öffentlichen Verkehrswegen richtet sich somit nicht mehr wie bisher nach § 8 Abs. 10 FStrG, sondern bedarf einer Zustimmung der Straßenbaubehörde gem. § 68 Abs. 3 TKG.

Bei der Erteilung der Zustimmung sind folgende Muster zu verwenden:
- Antrag auf Erteilung einer Zustimmung nach § 68 Abs. 3 TKG (Anlage E 1)
- Erteilung einer Zustimmung (Anlage E 2)
- Änderungsmitteilung nach dem TKG (Anlage E 3)

Die Mitnutzung eines Mobilfunkmastes der Straßenbauverwaltung (passive Netzinfrastruktur einer öffentlichen Straße gemäß § 3 Nr. 17b TKG) richtet sich demgegenüber nach § 77d TKG.

Vor dem 10.11.2016 nach § 8 Abs. 10 FStrG abgeschlossene Nutzungsverträge mit Mobilfunkunternehmen bleiben wirksam. Sie sind jedoch auf Antrag des jeweiligen Mobilfunkunternehmens wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage (Stichwort: andere Entgeltmaßstäbe) kündbar bzw. in das neue Recht zu überführen. Falls keine Anträge auf Überleitung gestellt werden, gelten die bestehenden Nutzungsverträge fort.

2. Privat-rechtliche Mitnutzung passiver Netzinfrastruktur der Bundesfernstraßen (§§ 77b ff TKG)

Die Mitnutzung passiver Netzinfrastruktur der Bundesfernstraßen im Sinne des TKG ist in den §§ 77b ff TKG geregelt. Hinsichtlich der Definition passiver Netzinfrastruktur wird auf § 3 Nr. 17b TKG verwiesen. Passive Netzinfrastruktur sind gem. § 3 Nr. 17b TKG Komponenten eines Netzes (Bundesfernstraße ist ein solches Netz im Sinne
des TKG), die andere Netzkomponenten aufnehmen sollen, selbst jedoch nicht zu ak-
tiven Netzkomponenten werden. Hierzu zählen zum Beispiel Fernleitungen, Leer- und
Leitungsröhre, Kabelkanäle, Kontrollkammern, Einstiegsschächte, Verteilerkästen,
Gebäude und Gebäudeeingänge, Antennenanlagen und Trägerstrukturen wie Türme,
Ampeln und Straßenlaternen, Masten und Pfähle. Kabel und unbeschaltete Glasfaser-
kabel sind danach ausdrücklich keine passiven Netzinfrastrukturen.

Die übrigen in § 3 Nr. 17b TKG aufgeführten Komponenten sind dagegen grundsätz-
lich nutzbar; es bedarf einer Entscheidung im Einzelfall, ob sie zur Verfügung gestellt
werden können oder nicht. Der Begriff der passiven Netzinfrastruktur umfasst dabei
ausdrücklich auch Mobilfunkmasten.

Zur Abgrenzung der privat-rechtlichen Mitnutzung passiver Netzinfrastruktur der
Bundesfernstraßen (§§ 77b ff TKG) zur öffentlich-rechtlichen Wegenutzung nach den
§§ 68, 69 TKG siehe Nummer 1 dieses Teils der Nutzungsrichtlinien.

Eigentümer und Betreiber öffentlicher TK-Netze benötigen im Rahmen der Geltend-
machung von Ansprüchen nach den §§ 77b ff TKG keine Nutzungsberechtigung nach
§ 69 TKG. Es genügt, wenn Betreiber gemäß § 6 TKG bei der Bundesnetzagentur re-
gistriert sind.

2.1. Mitnutzung passiver Netzinfrastrukturen der Bundesfernstraße (§§ 77d und g
TKG, ggf. i. V. m. § 70 Abs. 2 TKG)

Den Betreibern oder Eigentümern öffentlicher Telekommunikationsnetze wird nach
§ 77d Abs. 1 Satz 1 TKG die Mitnutzung der passiven Netzinfrastruktur einer Bundes-
fernstraße mit Abschluss eines privat-rechtlichen Vertrags gestattet, wenn sie zum
Zwecke des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze erfolgt (mindestens 50
Mbit/s gemäß § 3 Nr. 7a TKG). Entsprechendes gilt nach § 77d Abs. 1 TKG in Ver-
bindung mit § 70 Abs. 2 TKG, wenn der Antragssteller nachweist, dass die Ausübung
einer Nutzungsberechtigung nach § 68 TKG für die Verlegung weiterer Telekommu-
nikationslinien nicht oder nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand möglich
ist. Im Fall des § 70 Abs. 2 TKG kann die Mitnutzung auch zu anderen Zwecken als
dem Ausbau digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze erfolgen.

Von der Mitnutzung ausgeschlossen sind Netzzugangspunkte der Straßenbauverwaltung, insbesondere Schaltkästen, unabhängig davon, ob sich diese innerhalb oder außerhalb von Gebäuden befinden.

Die Erhebung eines Entgeltes für die Mitnutzung der passiven Netzzinfrastruktur der Bundesfernstraße bzw. die Mitnutzung von Teilen davon setzt eine entsprechende Vereinbarung nach § 77d Abs. 2 Nr. 1 TKG voraus. Die Höhe des Entgeltes umfasst zwar nicht die Herstellungs- oder Verlegungskosten der Anlage, aber alle durch die Mitnutzung entstehenden Kosten (siehe hierzu § 77n Abs. 2 TKG). Dazu zählen auch die Kosten der Antragsbearbeitung sowie der Beurteilung, ob und in welchem Umfang eine Mitnutzung in Frage kommen kann. Die im Rahmen der Antragsbearbeitung bis zum Beginn der Mitnutzung der Straßenbauverwaltung entstehenden Kosten sind entsprechend dem tatsächlich entstandenen Aufwand abzurechnen.

Im Sinne einer größtmöglichen Kostentransparenz für die Betreiber sowie einer Reduzierung des Verwaltungsaufwands ist ein einmaliges pauschaliertes Entgelt für die Mitnutzung (nach Verlegung für die Dauer der Mitnutzung) zu vereinbaren. Als kos-
tendeckend im Sinne von § 77d Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 TKG i. V. m. § 77n Abs. 2 Sätze 1 und 2 TKG darf bei der Mitnutzung von Schutzrohren, die zu Zwecken des Betriebs der Straßenbauverwaltung errichtet wurden, in der Regel ein Betrag von 1,00 € je lfd. m Schutzrohr in eigenen Anlagen der Straßenbauverwaltung angesehen werden.

Bei der Mitnutzung von Antennenmasten sind die durch die Mitnutzung entstehenden Kosten im konkreten Einzelfall zu ermitteln und zugrunde zu legen.

In dem Vertragsangebot ist gemäß § 77d Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 Halbsatz 2 TKG zudem zu vereinbaren, dass der Antragsteller eine angemessene Sicherheit leistet, wenn die begründete Besorgnis besteht, dass künftige Ansprüche der Straßenbauverwaltung sich ohne entsprechende Sicherheit nicht mehr durchsetzen lassen. Als angemessen und ausreichend darf bei der Mitnutzung von Schutzrohren, die zu betrieblichen Zwecken der Straßenbauverwaltung errichtet wurden, in der Regel eine Sicherheit in Höhe von 1,00 € je lfd. m Schutzrohr in eigenen Anlagen der Straßenbauverwaltung angesehen werden.

Bei der Einräumung des Nutzungsrechts sind folgende Muster zu verwenden:

– Antrag auf Mitnutzung passiver Netzinfrastruktur nach § 77d Abs. 1 TKG (Anlage E 4)
– Abschluss eines Mitnutzungsvertrags gemäß § 77d TKG (Anlage E 5)
– Ablehnung eines Antrags auf Mitnutzung gemäß § 77g Abs. 2 TKG (Anlage E 6)

Das Angebot auf Abschluss eines Mitnutzungsvertrags nach § 77d Abs. 2 TKG ist dem Antragssteller innerhalb von 2 Monaten zu unterbreiten. Gibt die Straßenbauverwaltung innerhalb der vorgenannten Frist kein Angebot zur Mitnutzung ab oder kommt keine Einigung über die Bedingungen der Mitnutzung zustande, so kann jede Partei nach § 77n Abs. 1 S. 1 TKG eine Entscheidung durch die Bundesnetzagentur als Streitbeilegungsstelle beantragen. Nach § 77d Abs. 2 TKG geschlossene Mitnutzungsverträge haben die zuständigen Straßenbaubehörden gemäß § 77d Abs. 4 TKG zudem innerhalb von zwei Monaten nach Vertragsabschluss der Bundesnetzagentur zur Kenntnis zu geben.
Für die elektronische Antragsstellung (§ 77l Abs. 1 TKG) gelten im Übrigen die Verwaltungsverfahrensgesetze der Länder.

Die zusätzliche Errichtung weiterer Anlagen außerhalb der passiven Netzinfrastrukturen (z. B. Schachtanlagen, Kabelanlagen) unterliegt nicht den Regelungen des § 77d TKG. Für diese Anlagen ist ggf. ein Antrag auf Erteilung einer Zustimmung nach § 68 Abs. 3 TKG (Anlage E 1) zu stellen.

2.2. Informationen über passive Netzinfrastrukturen (§ 77b TKG)

Die Straßenbauverwaltung ist nach § 77b TKG verpflichtet, auf Antrag Eigentümern oder Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze für Zwecke des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze bestimmte Informationen über die passive Netzinfrastruktur der Bundesfernstraßen zu erteilen. Die Informationspflicht der Straßenbauverwaltung bezieht sich nur auf passive Netzinfrastruktur, welche Bestandteil der jeweils betroffenen Bundesfernstraße ist; hierzu zählt etwa ein von der Straßenbauverwaltung zu betrieblichen Zwecken genutztes Kabelschutzrohr in der Bundesfernstraße. Die Straßenbauverwaltung muss dagegen keine Informationen über passive Netzinfrastrukturen Dritter erteilen, wie beispielsweise solche, die aufgrund eines Wegerechts in der Bundesfernstraße verlegt sind (z. B. keine Informationspflicht bezüglich Gasleitungen eines Versorgungsunternehmens, die in der Straße verlegt sind). Die Straßenbauverwaltung ist zudem nach bestem Wissen und Gewissen nur zur Erteilung solcher Informationen verpflichtet, die ihr vorliegen; ein bestimmtes Datenformat kann nicht verlangt werden.

Der Antrag kann unter anderem ganz oder teilweise abgelehnt werden, soweit konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass

1. eine Erteilung der Informationen die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs gefährdet,

2. von dem Antrag Teile einer kritischen Infrastruktur, insbesondere deren Informationstechnik, betroffen sind, die nachweislich besonders schutzentwürdig und für die Funktionsfähigkeit der kritischen Infrastruktur maßgeblich sind, und die Straßenbauverwaltung bei Erteilung der Informationen unverhältnismäßige Maßnahmen ergreifen müsste, um die ihr durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes auferlegten Schutzpflichten zu erfüllen, oder
3. ein Ablehnungsgrund für eine Mitnutzung nach § 77g Abs. 2 TKG vorliegt (siehe hierzu Anlage E 6).

Zur Minimierung des bei der Bearbeitung von Auskunftsersuchen über vorhandene passive Netzinfrastrukturen entstehenden Verwaltungsaufwands können die in § 77b Abs. 3 TKG vorgeschriebenen Mindestinformationen über eigene passive Netzinfrastrukturen der Bundesfernstraßen gem. § 77b Abs. 5 Satz 2 i. V. m. § 77a Abs. 1 TKG der Bundesnetzagentur zur Verfügung gestellt werden, so dass anschließend bei Auskunftsersuchen auf die Bundesnetzagentur als Auskunftsstelle verwiesen werden kann (§ 77b Abs. 5 Satz 1 TKG). Dies setzt jedoch voraus, dass die Bundesnetzagentur stets über aktuelle und vollständige Mindestinformationen verfügt.

Unabhängig von der fakultativen Übermittlung der nach § 77b TKG Abs. 3 TKG genannten Mindestinformationen über eigene passive Netzinfrastrukturen der Bundesfernstraßen besteht ggf. eine Informations- und Mitteilungspflicht der Straßenbauverwaltung an die Bundesnetzagentur nach § 77a TKG, die jedoch – da nicht unmittelbar Mitnutzungsrechte Dritter betreffend – nicht Gegenstand der vorliegenden Nutzungsrichtlinien ist.

Für die elektronische Antragstellung (§ 77l Abs. 1 TKG) gelten im Übrigen die Verwaltungsverfahrensgesetze der Länder.

2.3. **Vor-Ort-Untersuchung (§ 77c TKG)**

Nach § 77c TKG ist die Straßenbauverwaltung verpflichtet, Eigentümern oder Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze auf Antrag Vor-Ort-Untersuchungen der passiven Netzinfrastruktur der Bundesfernstraße zu gewähren. Voraussetzung ist, dass der Antrag für die Straßenbauverwaltung zumutbar ist. Dies ist nach § 77c Abs. 2 Satz 2 TKG insbesondere dann der Fall, wenn die Untersuchung für eine gemeinsame Nutzung passiver Netzinfrastrukturen (z. B. nach § 77d TKG) oder die Koordinierung von Bauarbeiten (siehe hierzu § 77 i Abs. 1 TKG) erforderlich ist. Der Antrag kann nach § 77c Abs. 3 TKG unter anderem abgelehnt werden, wenn und soweit konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass a) durch die Vor-Ort-Untersuchung die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs beeinträchtigt wird oder b) die Verkehrssicherheit gefährdet wird oder c) von dem Antrag Teile einer kritischen Infrastruktur (Kritische Infrastruktur sind gemäß Anhang 7 der Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastruktur nach dem BSI-Gesetz vom 22.04.2016 (BGBl. I S. 958), die durch Art. 1 der

Mit dem Antragssteller ist im Regelfall zu vereinbaren, dass dieser die Untersuchungen auf eigene Kosten durch ein geeignetes Fachunternehmen vornehmen lässt und dieser der Straßenbauverwaltung die ihr entstehenden Kosten gem. § 77c Abs. 4 TKG ersetzt. Die nach § 77c Abs. 4 TKG der Straßenbauverwaltung entstehenden Kosten sind vor Durchführung der Leistungen zu ermitteln und ihr Ersatz einschließlich der Kosten für die Überwachung der Arbeiten des Antragsstellers dem Antragssteller vertraglich aufzuerlegen. Dabei können eigene Erfahrungswerte oder entsprechende Ausschreibungen bezüglich Leistungen Dritter zur Ermittlung der angemessenen Kosten herangezogen werden.


Für die elektronische Antragstellung (§ 77l Abs. 1 TKG) gelten im Übrigen die Verwaltungsverfahrensgesetze der Länder.

3. **Verpflichtung der Straßenbauverwaltung zur Mitverlegung passiver Netzentinfrastruktur (§ 77i Abs. 7 Satz 1 TKG)**

4. Koordinierung von Bauarbeiten

4.1. Verpflichtung der Straßenbauverwaltung zur Koordinierung von Bauarbeiten

(§ 77i Abs. 1 bis 5 TKG)


Die Straßenbauverwaltung muss gem. § 77i Abs. 3 S. 1 TKG zumutbaren Anträgen von Eigentümern oder Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze auf Abschluss einer Vereinbarung zur Koordinierung von Bauarbeiten in transparenter (d. h. anschaulich, nachvollziehbar) und diskriminierungsfreier (d. h. Gleichbehandlung aller Antragssteller) Weise innerhalb eines Monats (§ 77n Abs. 5 S. 1 TKG, nach Ablauf von einem Monat besteht die Möglichkeit, die Bundesnetzagentur als nationale Streitbeilegungsstelle anzurufen) stattgeben. Die Verpflichtung erstreckt sich gem. § 77i Abs. 2 S. 2 TKG auf die Errichtung von Komponenten digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze (§ 3 Nr. 7a TKG). Im Antrag sind Art und Umfang der zu koordinierenden Bauarbeiten und die zu errichtenden Komponenten digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze zu benennen.

Zumutbar sind Anträge nach § 77i Abs. 3 S. 2 insbesondere, sofern

1. dadurch keine zusätzlichen Kosten für die ursprünglich geplanten Bauarbeiten verursacht werden; eine geringfügige zeitliche Verzögerung der Planung und geringfügige Mehraufwendungen für die Bearbeitung des Koordinierungsantrags gelten nicht als zusätzliche Kosten der ursprünglich geplanten Bauarbeiten,
2. die Kontrolle über die Koordinierung der Arbeiten nicht behindert wird,
3. der Koordinierungsantrag so früh wie möglich, spätestens aber einen Monat vor Einreichung des endgültigen Projektantrags bei der zuständigen Genehmigungsbe-
hörde gestellt wird und Bauarbeiten betrifft, deren anfänglich geplante Dauer acht Wochen überschreitet.

Geringfügig im Sinne von § 77 i Abs. 3 S. 2 Nr. 1 TKG bedeutet eine zeitliche Verzögerung der Planung bzw. Mehraufwendungen für die Bearbeitung des Koordinierungsantrags (Planungskosten) um bzw. von in der Regel höchstens 5 %.

Gemäß § 77i Abs 3 Satz 2 Nr. 3 TKG ist der Koordinierungsantrag so früh wie möglich, spätestens aber einen Monat vor Einreichung des endgültigen Projektantrags bei der zuständigen Genehmigungsbehörde zu stellen. Bei Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens können Anträge, sofern möglich, während der Durchführung dieses Verfahrens gestellt werden (vgl. die Begründung in BT-Drs. 18/8332 S. 51). Dies gilt entsprechend für eine Plangenehmigung. Sofern sich durch die Beantragung keine Betroffenheiten Dritter ergeben, welche im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zu berücksichtigen sind, ist der Antrag beim Vorhabenträger, sonst bei der zuständigen Planfeststellungs- bzw. –genehmigungsbehörde (nachrichtliche in Kenntnissetzung des Vorhabenträgers der Straßenbaumaßnahme) zu stellen. In Anbetracht der Tatsache, dass Planfeststellungsbeschluss und Plangenehmigung nach § 17c Nr. 1 FStrG eine Geltungsdauer von 10 Jahren nach Eintritt der Unanfechtbarkeit mit der Möglichkeit zur Verlängerung um weitere fünf Jahre haben, ist es sachgerecht, entsprechend der bisherigen Praxis vor Beginn einer Straßenbaumaßnahme mit einer anfänglich geplanten Dauer von mehr als acht Wochen, die Baumaßnahme mit angemessener Fristsetzung öffentlich bekannt zu machen, um Eigentümern oder Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze Gelegenheit zu geben, der Straßenbauverwaltung mitzuteilen, wenn sie ein Interesse daran haben, Komponenten digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze mit zu verlegen bzw. zu erneuern, und einen entsprechenden Koordinierungsantrag zu stellen. Der Ablauf der gesetzten Frist muss vor der Ausschreibung liegen. Der jeweils spätere Zeitpunkt (Fristablauf bzw. § 77 i Abs. 3 Satz 2 Nr. 3 TKG) ist sodann dafür entscheidend, ob ein Antrag auf Koordinierung rechtzeitig erfolgt ist. § 77i Abs. 1 bis 5 TKG betrifft nicht den Fall, dass während der Bauausführung oder der Vergabe ein Antrag auf Koordinierung der Bauarbeiten gestellt wird. In diesem Fall ist eine Koordinierung außerhalb des § 77i TKG zu vereinbaren.
Die Ablehnungsgründe sind abschließend in § 77 i Abs. 5 TKG aufgeführt. Danach kann der Antrag u. a. ganz oder teilweise abgelehnt werden, soweit der Betreiber des öffentlichen Versorgungsnetzes zur Koordinierung der Bauarbeiten unverhältnismäßige Maßnahmen ergreifen müsste, um die ihm durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes auferlegten Schutzpflichten zu erfüllen, oder von dem Antrag Teile einer kritischen Infrastruktur, insbesondere deren Informationstechnik, betroffen sind, die nachweislich besonders schutzbedürftig und für die Funktionsfähigkeit der kritischen Infrastruktur maßgeblich sind ((Kritische Infrastruktur sind gemäß Anhang 7 der Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastruktur nach dem BSI-Gesetz vom 22.04.2016 (BGBl. I S. 958), die durch Art. 1 der Verordnung vom 21.06.2017 (BGBl. I S. 1903) geändert worden ist, insbesondere Verkehrssteuerungs- und Leitsysteme für das Netz der Bundesautobahnen, wobei Verkehrssteuerungs- und Leitsystem eine Anlage oder ein System zur Verkehrsbeeinflussung im Straßenverkehr einschließlich der in § 1 Abs. 4 Nr. 1, 3 und 4 des Bundesfernstraßengesetzes in der jeweils geltenden Fassung genannten Einrichtungen, der Betriebstechnik sowie der Telekommunikationsnetze ist).

Die Bundesnetzagentur wird gem. § 77i Abs. 4 TKG Grundsätze zur Umlage der bei der Koordinierung von Bauarbeiten entstehenden Kosten veröffentlichen. Bis dahin ist in die Vereinbarung nach § 77i Abs. 1 TKG (siehe im Übrigen – mit Ausnahme der Kostenregelung – Anlage D 8 ; Muster einer Vereinbarung zur gemeinsamen Durchführung von Arbeiten an Straßen und Ver- und Entsorgungsleitungen/ Telekommunikationsleitungen) die Regelung aufzunehmen, dass die Umlage dieser Kosten nach Maßgabe der zukünftigen Grundsätze der Bundesnetzagentur gesondert vereinbart wird.

Für die elektronische Antragstellung (§ 77l Abs. 1 TKG) gelten im Übrigen die Verwaltungsverfahrensgesetze der Länder.

4.2. Auskunftspflicht der Straßenbauverwaltung über Bauarbeiten an Bundesfernstraßen (§ 77h TKG)

In bestimmten Fällen ist die Straßenbauverwaltung verpflichtet, auf entsprechenden Antrag Eigentümern oder Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze Informationen über geplante oder laufende Bauarbeiten betreffend Bundesfernstraßen zu ertei-
len, um eine Koordinierung dieser Bauarbeiten mit Bauarbeiten zum Ausbau digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze zu ermöglichen. Der Antrag der Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze muss erkennen lassen, in welchem Gebiet der Einbau von Komponenten digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze vorgesehen ist. Die beantragten Informationen hat die Straßenbauverwaltung dem Antragsteller nach § 77h Abs. 2 Satz 1 TKG innerhalb von zwei Wochen ab dem Tag des Antrageingang unter verhältnismäßigen, diskriminierungsfreien und transparenten Bedingungen zu erteilen. Innerhalb derselben Frist sind die erteilten Informationen auch der Bundesnetzagentur als zentraler Informationsstelle zu übermitteln (§ 77h Abs. 6 TKG).

Mitzuteilen sind ausschließlich Bauarbeiten an passiven Netzinfrastrukturen der Bundesfernstraßen, für die bereits eine Genehmigung erteilt wurde oder ein Genehmigungsverfahren anhängig ist oder innerhalb von sechs Monaten nach Eingang des Antrags auf Erteilung der Informationen ein Antrag auf Genehmigung der Bauarbeiten vorgesehen ist, und zwar konkret:

1. die geografische Lage des Standortes und die Art der Bauarbeiten,
2. die betroffenen Netzkomponenten (siehe zum Begriff der Netzkomponenten die Ausführungen unter Nummer 2 dieses Teils der Nutzungsrichtlinien),
3. den geschätzten Beginn und die geplante Dauer der Bauarbeiten und

Die Ablehnungsgründe sind abschließend in § 77h Abs. 4 aufgeführt. Danach kann die Straßenbauverwaltung den Antrag unter anderem ablehnen, soweit konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs oder die Verkehrssicherheit oder die Integrität der Bundesfernstraße durch Erteilung der Informationen gefährdet ist oder Bauarbeiten betroffen sind, deren anfänglich geplante Dauer acht Wochen nicht überschreitet, dass Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse (siehe hierzu § 77m TKG) entgegenstehen, die Koordinierung von Bauarbeiten unzumutbar ist (siehe hierzu die Ausführungen unter Ziffer 4.1) oder ein Versagungsgrund für eine Koordinierung von Bauarbeiten nach § 77i Abs. 5 TKG vorliegt (siehe hierzu ebenfalls die Ausführungen unter Ziffer 4.1). Sie kann den Antrag auch dann ablehnen, soweit konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass von dem Antrag Teile einer kritischen Infrastruktur, insbesondere deren Informationstechnik, betroffen sind ((Kritische Infrastruktur sind gemäß Anhang 7 der Verordnung zur Bestimmung Kritischer
Infrastruktur nach dem BSI-Gesetz vom 22.04.2016 (BGBl. I S. 958), die durch Art. 1 der Verordnung vom 21.06.2017 (BGBl. I S. 1903) geändert worden ist, insbesondere Verkehrsssteuerungs- und Leitsysteme für das Netz der Bundesautobahnen, wobei Verkehrsteuerungs- und Leitsystem eine Anlage oder ein System zur Verkehrsbeeinflussung im Straßenverkehr einschließlich der in § 1 Abs. 4 Nr. 1, 3 und 4 des Bundesfernstraßengesetzes in der jeweils geltenden Fassung genannten Einrichtungen, der Betriebstechnik sowie der Telekommunikationsnetze ist), die nachweislich besonders schutzbedürftig und für die Funktionsfähigkeit der kritischen Infrastruktur maßgeblich sind, und der Betreiber des öffentlichen Versorgungsnetzes bei Erteilung der Informationen unverhältnismäßige Maßnahmen ergreifen müsste, um die ihm durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes auferlegten Schutzpflichten zu erfüllen.

Zur Minimierung des bei der Bearbeitung von Auskunftsersuchen über laufende oder geplante Bauarbeiten entstehenden Verwaltungsaufwands können bei entsprechender Datenqualität die in § 77h Abs. 3 TKG vorgeschriebenen Informationen über laufende und geplante Bauarbeiten gem. § 77h Abs. 5 Nr. 2 TKG der Bundesnetzagentur zur Verfügung gestellt werden, so dass anschließend bei Auskunftsersuchen auf die Bundesnetzagentur als Auskunftsstelle verwiesen werden kann. Dies setzt jedoch voraus, dass die Bundesnetzagentur stets über aktuelle und vollständige Mindestinformationen verfügt.

Für die elektronische Antragstellung (§ 77l Abs. 1 TKG) gelten im Übrigen die Verwaltungsverfahrensgesetze der Länder.

5. Planfeststellung

**In der Planfeststellung für die Straßenbaumaßnahme** wird darüber entschieden, ob und wie Tk-Linien geändert (z. B. verlegt, gesichert) oder beseitigt werden, vgl. Nr. 32 Abs. 1 der Planfeststellungsrichtlinien 2015 – PlafeR 15 (ARS Nr. 10/2015; Vbl. Dok. Nr. B 5001 - Vers. 06/15). Die Entscheidung erstreckt sich anders als bei den Versorgungsleitungen auch auf die Kosten. Besonderheiten gelten für Tk-Linien, soweit diese passive Netzentinfrastrukturen nach § 77d TKG mitnutzen. Diesbezüglich gelten die Ausführungen für Versorgungsleitungen nach Nr. 33 Abs. 1 der Planfeststellungsrichtlinien 2015 entsprechend, da es sich hierbei anders als beim öffentlich-
rechtlichen Wegerecht nicht um eine Sondernutzung, sondern – wie bei Versorgungsleitungen – um eine privat-rechtliche Mitnutzung handelt.

6. **Anbaurecht**

Siehe hierzu Nr. 7 in Teil D.
Teil F

Technische Bestimmungen, Normen und sonstige Regelwerke


Anhang
Technische Bestimmungen
für Arbeiten im Bereich der Straße
Technische Bestimmungen
für Arbeiten im Bereich der Straße

1. Für die Arbeiten auf Straßengebiet sind die für den Straßenbau geltenden technischen Bestimmungen, Richtlinien und Merkblätter zu beachten.


5. Die Straßenbepflanzung ist zu schonen.


7. Es ist sicherzustellen, dass die Straße mit ihrem Zubehör außerhalb des Aufbruchbereiches nicht beschädigt wird. Ergibt sich im Verlauf der Baumaßnahme unerwartet eine Ge-
fährdung oder Beschädigung, so ist die Straßenbauverwaltung unverzüglich zu benachrichtigen.

8. Baustoffe, Aushub und alle Teile der Baustelleneinrichtung sind im Einvernehmen mit der Straßenbauverwaltung so zu lagern bzw. zu errichten, dass der Verkehr auf der Straße nicht mehr als unvermeidbar behindert wird.


Entgelte bei sonstiger Benutzung gemäß § 8 Abs. 10 FStG
Entgelte bei sonstiger Benutzung gemäß § 8 Abs. 10 FStrG

<table>
<thead>
<tr>
<th>Nr.</th>
<th>Benutzungsart</th>
<th>Entgelt in Euro jährlich</th>
<th>sonstige</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1</td>
<td>Zufahrten und Zugänge innerhalb des Erschließungsbereichs der Ortsdurchfahrten, soweit dafür bauliche Anlagen auf Straßenflächen außerhalb des Verkehrsraumes vorhanden sind</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>1.1 Zu nicht gewerblich genutzten Grundstücken</td>
<td>unentgeltlich</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>1.2 Zu gewerblich genutzten Grundstücken</td>
<td>1,-- je in Anspruch genommenen m² Straßenfläche, mindestens 45,--</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2</td>
<td>Kreuzungen, soweit der Gemeingebrauch nicht beeinträchtigt werden kann</td>
<td>unentgeltlich</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>2.1 Leitungen der öffentlichen Versorgung (über- oder unterirdisch) für Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser und Abwasser, jeweils mit den Hausanschlüssen</td>
<td>unentgeltlich</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>2.2 Sonstige Leitungen im öffentlichen Interesse wie Mineralölleitungen, Bahnstromleitungen, militärische Betriebsstoffleitungen</td>
<td>unentgeltlich</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2.3</td>
<td>Andere Leitungen:</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>2.3.1 Gewerbliche Leitungen wie Brunnenleitungen zu einem Gewerbebetrieb sowie Baustellenleitungen und sonstige Betriebsleitungen je nach Durchmesser und wirtschaftlichem Vorteil des Leitungseigentümers</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>2.3.1.1 Bis zu 1 Jahr</td>
<td>10,-- bis 45,-- monatlich mind. 18,--</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>2.3.1.2 Längerdauernd</td>
<td>85,-- bis 850,--</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>2.3.2 Nichtgewerbliche Leitungen wie private Wasserleitungen</td>
<td>unentgeltlich</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2.4</td>
<td>Höhenfreie Schienenbahnen; Seilbahnen:</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Nr.</td>
<td>Benutzungsart</td>
<td>Entgelt in Euro</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>-------</td>
<td>-------------------------------------------------------------------------------</td>
<td>-----------------</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2.4.1</td>
<td>Die dem öffentlichen Verkehr dienen</td>
<td>unentgeltlich</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2.4.2</td>
<td>Die nicht dem öffentlichen Verkehr dienen, mit Ausnahme der Anschlussbahnen</td>
<td>18,-- bis 425,--</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>und der diesen gleichgestellten Bahnen im Sinne des Eisenbahnkreuzungsgesetzes:</td>
<td>425,-- einmalig</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2.4.2.1</td>
<td>Bis zu 1 Jahr</td>
<td>45,-- bis 425,--</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2.4.2.2</td>
<td>Längerdauernd</td>
<td>45,-- bis 85,--</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2.5</td>
<td>Förderbänder und ähnliches einschließlich Masten, Schächte und dergleichen</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2.5.1</td>
<td>Bis zu 1 Jahr</td>
<td>20,-- bis 85,--</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2.5.2</td>
<td>Längerdauernd</td>
<td>45,-- bis 85,--</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2.6</td>
<td>Über- oder Unterführungen privater Wege</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2.6.1</td>
<td>Bis zu 1 Jahr</td>
<td>20,-- bis 425,--</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2.6.2</td>
<td>Längerdauernd</td>
<td>45,-- bis 425,--</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3</td>
<td>Längsverlegungen, soweit der Gemeingebrauch noch beeinträchtigt werden kann</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3.1</td>
<td>Leitungen der öffentlichen Versorgung (über-oder unterirdisch) für Elektrizität, Gas, Wasser und Abwässer, jeweils mit den Hausanschlüssen</td>
<td>unentgeltlich</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3.2</td>
<td>Sonstige Leitungen im öffentlichen Interesse wie Mineralölleitungen, Bahnstromleitungen, militärische Betriebsstoffleitungen</td>
<td>unentgeltlich</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3.3</td>
<td>Andere Leitungen je angefangene 100 m:</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Nr.</td>
<td>Benutzungsart</td>
<td>Entgelt in Euro</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>-----</td>
<td>---------------</td>
<td>----------------</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>jährlich</td>
<td>sonstige</td>
</tr>
<tr>
<td>3.3.1</td>
<td>Gewerbliche Leitungen wie Brunnenleitungen zu einem Gewerbebetrieb sowie Baustellenleitungen und sonstige Betriebsleitungen je nach Durchmesser und wirtschaftlichem Vorteil des Leitungseigentümers</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3.3.1.1</td>
<td>Bis zu 1 Jahr</td>
<td>10,-- bis 45,--</td>
<td>monatlich mindestens 20,--</td>
</tr>
<tr>
<td>3.3.1.2</td>
<td>Längerdauernd</td>
<td>45,-- bis 425,--</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3.3.1.3</td>
<td>Nichtgewerbliche Leitungen wie private Wasserleitungen</td>
<td>unentgeltlich</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3.4</td>
<td>Gleise:</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3.4.1</td>
<td>Schienenbahnen des öffentlichen Verkehrs</td>
<td>unentgeltlich</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3.4.2</td>
<td>Schienenbahnen, die nicht dem öffentlichen Verkehr dienen mit Ausnahme der Anschlussebahnen und der diesen gleichgestellten Bahnen im Sinne des Eisenbahnkreuzungsgesetzes je angefangene 100 m</td>
<td>45,-- bis 425,--</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3.5</td>
<td>Obusleitungen einschließlich Masten</td>
<td>unentgeltlich</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3.6</td>
<td>Anlagen der Straßenbeleuchtung einschließlich Masten</td>
<td>unentgeltlich</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4</td>
<td>Bauliche Anlagen (einschließlich Werbeanlagen, Pfosten, Masten u. ä.) soweit der Gemeingebrauch nicht beeinträchtigt werden kann</td>
<td>unentgeltlich</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4.1</td>
<td>Schilder einschl. Masten und Pfosten:</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4.1.1</td>
<td>Allgemein eingeführte Hinweisschilder z. B. auf Gottesdienste, Unfall- und Kfz-Hilfsdienste (Sammelhinweisschilder), Messen, Ausstellungen, sportliche Veranstaltungen, Werbung für öffentliche Wahlen und Baustellenschilder</td>
<td>unentgeltlich</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4.1.2</td>
<td>Hinweisschilder auf gewerbli. Betriebe z. B. Gaststätten, Fabriken, Auslieferungslager</td>
<td>20,-- bis 175,--</td>
<td>einmalig</td>
</tr>
<tr>
<td>Nr.</td>
<td>Benutzungsart</td>
<td>Entgelt in Euro</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>-----</td>
<td>-----------------------------------------------------------------------------</td>
<td>-----------------</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>jährlich</td>
<td>sonstige</td>
</tr>
<tr>
<td>4.1.3</td>
<td>Werbeanlagen z. B. Werbeschilder, Litfaßsäulen, Fahnen einschl. Masten, Transparente:</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4.1.3.1</td>
<td>Bis zu 1 Jahr</td>
<td>20,-- bis 425,--</td>
<td>einmalig</td>
</tr>
<tr>
<td>4.1.3.2</td>
<td>Längerdauernd</td>
<td>45,-- bis 425,--</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4.2</td>
<td>Wartehallen, einschl. Fahrkartenverkauf, Informationsstände ohne Verkaufsbetrieb, Verkaufsstände für gemeinnützige Zwecke</td>
<td></td>
<td>unentgeltlich</td>
</tr>
<tr>
<td>4.3</td>
<td>Kioske, Imbissstände, sonstige Verkaufsstände je m² in Anspruch genommener Straßenfläche:</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4.3.1</td>
<td>Bis zu 1 Jahr</td>
<td>20,-- bis 175,--</td>
<td>einmalig</td>
</tr>
<tr>
<td>4.3.2</td>
<td>Längerdauernd</td>
<td>20,-- bis 175,--</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4.4</td>
<td>Automaten</td>
<td>20,-- bis 425,--</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4.5</td>
<td>Milchbänke</td>
<td></td>
<td>unentgeltlich</td>
</tr>
<tr>
<td>4.6</td>
<td>Verladestellen, Anlagen zur Holzbringung, Waagen, Abstellflächen</td>
<td>45,-- bis 175,--</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4.7</td>
<td>Baustelleneinrichtungen z. B. Gerüste, Bauzäune, Baracken, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Hilfseinrichtungen, Lagerplätze je m² in Anspruch genommener Straßenfläche</td>
<td>1,5,-- bis 10,--</td>
<td>wöchentlich, mindestens 20,--</td>
</tr>
<tr>
<td>5</td>
<td>Sonstige Benutzung der Straßenfläche, soweit der Gemeingebrauch nicht beeinträchtigt werden kann</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>5.1</td>
<td>Einleitung von Wasser in die Straßenentwässerung je nach Wassermenge und Verschmutzungsgrad</td>
<td>20,-- bis 425,--</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Nr.</td>
<td>Benutzungsart</td>
<td>Entgelt in Euro</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>------</td>
<td>-------------------------------------------------------------------------------</td>
<td>-----------------</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>jährlich</td>
<td>sonstige</td>
</tr>
<tr>
<td>5.2</td>
<td>Vorübergehendes Aufstellen von Maschinen, Geräten, Fahrzeugen</td>
<td>10,-- bis</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>(soweit nicht gemeingebrauchlich) einschl. Hilfseinrichtungen (z. B. Kabel)</td>
<td>175,--</td>
<td>je Woche</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Lagerung von Material</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>5.3</td>
<td>Gewerbliche Veranstaltungen z. B. Ausstellungswagen, fahrbare Geschäftsbetriebe, Märkte, Verkaufs- und Bewirtschaftungsplätze, Lagerplätze, Filmaufnahmen, je m² in Anspruch genommener Straßenfläche:</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>5.3.1</td>
<td>Bis zu 1 Jahr</td>
<td>1,-- bis 10,--</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>wöchentlich, mindestens 20,--</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>5.3.2</td>
<td>Längerdauernd</td>
<td>1,-- bis 45,--</td>
<td>mindestens 85,--</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>5.4</td>
<td>Obst- und Grasnutzungen, Überbau u. ä.</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>5.5</td>
<td>Sonstige Benutzungen, die in den vorstehenden Tarifnummern nicht erfasst sind:</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>5.5.1</td>
<td>Bis 1 Jahr</td>
<td>10,-- bis 425,--</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>425,--</td>
<td>einmalig</td>
</tr>
<tr>
<td>5.5.2</td>
<td>Längerdauernd</td>
<td>45,-- bis</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>850,--</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Für die Einleitung von Abwasser oder Niederschlagswasser in eine Oberflächenentwässerung wird kein Entgelt erhoben, wenn sich der Benutzer an den Unterhaltungskosten beteiligt.
Antrag auf Erteilung einer Zustimmung nach § 68 Abs. 3 TKG
Antrag auf Erteilung einer Zustimmung nach § 68 Abs. 3 TKG

☐ Verlegung/Errichtung einer neuen Telekommunikationslinie
☐ Änderung einer vorhandenen Telekommunikationslinie
☐ Verlegung in geringerer Verlegetiefe, wie im Wege von Micro-/Minitrenching gemäß § 68 Abs. 2 TKG. Genaue Bezeichnung des Verfahrens: ………………….

☐ Errichtung einer Funkstation für den Betrieb im Mobilfunknetz\(^1\) (Aufstellen eines Funkcontainers oder das Errichten eines vergleichbaren Raumes/ Aufstellen eines Antennenträgers mit Antenne und Erdung/ Herstellen einer fernmeldetechnischen Anbindung der Funkstation an das o. g. Mobilfunknetz/ Herstellen eines EVU-Anschlusses zur Stromversorgung der Funkstation\(^2\))

1. Antragsteller

Firma, Adresse, Geschäftszeichen

Verantwortlicher Ansprechpartner:

☐ Der Antragsteller ist im Besitz einer Berechtigung, Wege für die öffentlichen Zwecken dienende Telekommunikation unentgeltlich zu benutzen (Nutzungsberechtigung, §§ 68 Abs. 1; 69 Abs. 1 TKG)

☐ Urkunde ist in Kopie dem Antrag beigefügt

☐ Eine Kopie der Urkunde liegt der Straßenbaubehörde bereits vor.

2. Vorhaben

<table>
<thead>
<tr>
<th>Ort</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>☐ Bundesautobahn…</td>
</tr>
<tr>
<td>☐ Gehweg</td>
</tr>
</tbody>
</table>

km von … bis / Abschnitt von Station… bis Station …. Ausführliche Beschreibung des Vorhabens entsprechend dem Datenblatt und vorgesehene Bauzeit

Die Benutzung soll gemäß als Anlage beigegbenen Trassenplan/ Planunterlagen erfolgen

3. Bei oberirdischen Leitungen (§ 68 Abs. 3 Satz 2 TKG)

Von geplantem Linienverlauf betroffene Gemeinde/Stadt:

☐ die Stellungnahme oben genannter Gemeinde/Stadt zu etwaig betroffenen städtebaulichen Belangen liegt bei

☐ Stellungnahme zu städtebaulichen Belangen ist nicht erforderlich

☐ Erschließung vereinzelt stehender Gebäude oder Gebäudeansammlungen

4. Erklärung des Antragstellers bei einer Verlegung in geringerer Verlegetiefe (§ 68 Abs. 2 S. 2 TKG)

Der Antragssteller erklärt verbindlich, der Straßenbauverwaltung alle ihr in Zusammenhang mit der Verlegung in geringerer Verlegetiefe entstehenden Mehraufwendungen und Schäden zu ersetzen.

\(^1\) Mobilfunknetz (nähere Bezeichnung)

\(^2\) Nicht zutreffendes streichen.
5. Andere Genehmigungen oder Zustimmungen

Andere erforderliche Genehmigungen/Zustimmungen und dergleichen
☐ liegen vor.
☐ sind beantragt.


Ort, Datum

Unterschriften
Hinweise für den Antragsteller zum Formblatt „Antrag auf Erteilung einer Zustimmung nach § 68 Abs. 3 Telekommunikationsgesetz (TKG)“

Zu 1:

Zu 3:
Nach § 68 Abs. 3 Satz 5 TKG hat die Straßenbaubehörde im Falle der Verlegung oberirdischer Leitungen die Interessen des Wegebaulastträgers, der Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze und die berührten städtebaulichen Belange abzuwägen.
Der Antragsteller soll dabei auch im eigenen Interesse einer zügigen Verfahrensbearbeitung grundsätzlich
- die vom geplanten Linienverlauf betroffenen Städte bzw. Gemeinden im Antrag oder ggf. auf einem gesonderten Blatt als Anlage bezeichnen,
- bereits vor Antragstellung selbst die entsprechenden Pläne und technischen Beschreibungen der beabsichtigten Freileitungsverlegung den berührten Städten und Gemeinden mit der Bitte um Stellungnahme zu etwaig betroffenen städtebaulichen Belangen binnen angemessener Frist vorlegen,
- die Stellungnahmen der Städte bzw. Gemeinden ggf. zusammen mit durch das Vorhaben berührten Bauleitplänen, städtebaulichen Satzungen oder sonstigen städtebaulichen Gemeinderatsbeschlüssen (z. B. Bauleitplanaufstellungsbeschluss) dem Zustimmungsantrag als Anlagen beifügen sowie
- darlegen, ob vereinzelt stehende Gebäude oder Gebäudeansammlungen erschlossen werden sollen.
Eine Verlegung in der Rollspur (befahrer Bereich des Fahrstreifens) der Straße kommt nicht in Betracht.

Zu 5:

---

3 Nichtzutreffendes streichen.
Muster einer Zustimmung gemäß § 68 Abs. 3 TKG
Vollzug des Telekommunikationsgesetzes (TKG); Zustimmung nach § 68 Abs. 3 TKG

Antrag vom

Bundesautobahn (BAB)/Bundesstraße (B)/Landesstraße (L)/ Staatsstraße (St)

Verlegung/Errichtung/Änderung* einer Telekommunikationslinie von/in* Netzknoten ...

Anlagen:
Datenblatt „Trassenplan“/Planunterlagen

Die Straßenbaubehörde erlässt folgenden

Bescheid:


II. Die Verlegung/Änderung/Errichtung* erfolgt entsprechend dem vom Antragsteller vorgelegten und von der Straßenbaubehörde genehmigten/geänderten/ergänzten* Antrag nebst Trassenplan/Planunterlagen*.

Insbesondere sind die folgenden technischen Bedingungen und Auflagen zu beachten:
1. ...
2. ...
3. ...

III. Unbeschadet der Anforderungen nach Nr. II sind die Allgemeinen Technischen Bestimmungen für die Benutzung von Straßen durch Leitungen und Telekommunikationslinien - ATB-BeStra - (insbesondere die dort unter Nr. 6 aufgeführten Normen, Vorschriften und Regelwerke) sowie die nachstehend aufgeführten technischen Regelwerke und Auflagen sowie Bedingungen Bestandteil des Bescheides. Bei der Verlegung in geringerer Verlegetiefe gilt dies in Abweichung der Allgemeinen Technischen Bestimmungen für die Benutzung von Straßen durch Leitungen und Telekommunikationslinien (ATB-BeStra), soweit die Regelungen betreffend die Verringerung der Verlegungstiefe betroffen sind.

………………
………………

Bestandteil des Bescheides:

Falls bei den Baumaßnahmen von den Angaben abgewichen werden soll, muss die Straßenbaubehörde vorher zustimmen und es sind geänderte Planunterlagen vorzulegen.

IV. Der Straßenbaubehörde ist der Beginn der Bauarbeiten 14 Tage vor Beginn der Bauarbeiten schriftlich anzuzeigen. Spätestens vier Wochen nach Abschluss der Baumaßnahme ist das

¹ Mobilfunknetz (nähere Bezeichnung).
vollständig ausgefüllte und unterzeichnete Datenblatt der Straßenbaubehörde vorzulegen. Darin ist insbesondere die Erfüllung der technischen Auflagen und Bedingungen in einem Ausführungs-/Bestandsdatenblatt zu dokumentieren.

V. Die Zustimmung der Straßenbaubehörde nach § 68 Abs. 3 TKG ersetzt nicht nach anderen Rechtsvorschriften vorgeschriebene Genehmigungen, Zustimmungen oder Erlaubnisse anderer Behörden, insbesondere der Straßenverkehrsbehörden.

VI. Der Antragsteller hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

VII. Die Gebühr wird auf € festgesetzt. Die Auslagen betragen €.

Gründe:
1. Die beantragte Benutzung der Bundesautobahn/Bundesstraße/Landes-/Staatsstraße* stellt eine Verlegung/Errichtung neuer/Änderung vorhandener Telekommunikationslinien (genauer spezifizieren: z. B. Verlegung von Kabelschutzrohren oder Errichtung einer Funkstation für den Betrieb im Mobilfunknetz)* gemäß § 68 Abs. 3 i. V. m. § 3 Nr. 26 TKG dar und bedarf der Zustimmung des Straßenbaulastträgers.

(kurze Begründung, soweit die Zustimmungsfähigkeit zweifelhaft ist)
Für den Erlass dieses Bescheides ist die Straßenbaubehörde* sachlich und örtlich zuständig.

2. Der Antragsteller ist als Inhaber einer Wegenutzungsberechtigung im Sinne von § 69 Abs. 1 i. V. m. § 68 Abs. 1 TKG befugt, Verkehrswege für öffentlichen Zwecken dienende Telekommunikationslinien unentgeltlich zu benutzen, sofern insoweit nicht der Widmungszweck der Verkehrswege dauernd beschränkt wird, § 68 Abs. 1 Satz 1 TKG. Die Errichtung und Unterhaltung der Telekommunikationslinien muss dabei den Anforderungen der Sicherheit und Ordnung sowie den anerkannten Regeln der Technik genügen, § 68 Abs. 2 TKG. Bei Beachtung der Maßgaben in Nrn. II. und III. dieser Entscheidung wird den oben bezeichneten Erfordernissen hinsichtlich des Widmungszweckes und bezüglich Errichtung und Unterhaltung der Telekommunikationslinie entsprochen.

Die Nebenbestimmungen im Sinne von § 68 Abs. 3 Satz 9 TKG sind diskriminierungsfrei gestaltet, da sie dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen und keine Ungleichbehandlung des Antragstellers im Vergleich zu anderen darstellen, § 68 Abs. 3 Satz 8 TKG.

Hinweis: in berechtigten Ausnahmefällen!
Die Zustimmung ist von der Erbringung einer Sicherheitsleistung abhängig. Angemessen ist eine Sicherheitsleistung maximal in Höhe der Kosten, die voraussichtlich für die Instandsetzung der Verkehrswege während der Bauphase nötig sind. Die Sicherheitsleistung kann auch in Form einer Bankbürgschaft erbracht werden.
Ausführungen unter Nr. 2 a nur erforderlich bei Verlegung oberirdischer Leitungen und möglicher Berührung städtebaulicher Interessen.

Hinweis: Soweit die Verlegung im Rahmen einer Gesamthaumaßnahme koordiniert werden kann, die in engem zeitlichen Zusammenhang nach der Antragstellung auf Zustimmung durchgeführt wird, soll die Verlegung in der Regel unterirdisch erfolgen (§ 68 Abs. 3 Satz 7 TKG).

2 a. Die Verlegung der oberirdischen Leitung entspricht bei sachgerechter Abwägung der betroffenen Interessen insbesondere auch den berührten städtebaulichen Belangen, § 68 Abs. 3 Satz 5 TKG. Die Gemeinde/n Stadt* wurde/n* beteiligt. Die Gemeinde/Stadt* hat/haben* keine städtebaulichen Einwendungen erhoben.* Die Gemeinde/n Stadt* hat/haben folgende* städtebaulichen Einwendungen erhoben: (kurze Zusammenfassung)*

Die Straßenbaubehörde hat dem durch folgende Auflagen Rechnung getragen:*

Im Übrigen werden die Einwendungen zurückgewiesen./Die Einwendungen werden jedoch zurückgewiesen²:

Unter Wahrung der Belange des Straßenbaulastträgers (siehe oben unter Nr. 2 der Gründe) überwiegt das berechtigte wirtschaftliche Interesse des Antragstellers, gemäß Nrn. II. und III. dieser Entscheidung oberirdische Leitungen für öffentliche Telekommunikationslinien zu errichten, die verbleibenden städtebaulichen Einwendungen. Insbesondere erreichen diese nicht ein Gewicht, dass bei Nichtberücksichtigung die gemeindliche Planungsbehörte nachhaltig verletzt oder sonst unzumutbar beschränkt würde. Dabei wurde auch berücksichtigt, dass vereinzelt stehende Gebäude oder Gebäudeansammlungen erschlossen werden sollen* (Es folgt weitere Begründung, soweit erforderlich)

3. Ein Benutzungsentgelt wird nicht erhoben, § 68 Abs. 1 Satz 1 TKG. Die Festsetzung der davon zu unterscheidenden Verwaltungsgebühren beruht auf (Bundesstraßen: ............... Landesstraßen: .................)

Rechtsbehelfsbelehrung

i. A.

---

Mit * gekennzeichnete Absätze, Sätze oder einzelne Wörter sind bei Nichtzutreffen zu streichen.
1. Kreuzende Telekommunikationslinie

<table>
<thead>
<tr>
<th>Verlegetiefe</th>
<th>Verlegung im Verdrängungs-/Bohr/Pressverfahren</th>
<th>Arbeitsgrube im Seitenstreifen</th>
<th>Arbeitsgrube außerhalb des Seitenstreifens</th>
<th>Arbeitsgrube im Straßengrundstück</th>
<th>Arbeitsgrube außerhalb des Straßengrundstücks</th>
<th>Besondere Einrichtungen und Maßnahmen (z. B. Mantelrohre, Abdecksteine, Platten, Montagegerüst usw.)</th>
<th>Sonstiges</th>
</tr>
</thead>
</table>

| in km        |                                              |                               |                                            |                                 |                                               |                                                                                              |         |

2. Längsverlegte Telekommunikationslinie

<table>
<thead>
<tr>
<th>Verlegetiefe</th>
<th>von km/bis km</th>
<th>im Gehweg</th>
<th>im Radweg</th>
<th>im Seitenstreifen</th>
<th>in feldseitiger Grabenböschung</th>
<th>in straßenseitiger Grabenböschung</th>
<th>Abstand von der Straßenachse/Fahrbahnrand in cm</th>
<th>besondere Einrichtungen und Maßnahmen (z. B. Mantelrohre, Abdecksteine, Platten, Montagegerüst usw.)</th>
<th>Sonstiges</th>
</tr>
</thead>
</table>

3. Oberirdisch verlegte Leitungen/ Funkstation für den Betrieb im Mobilfunk/ Fernspeiseeinrichtung/ DSLAM

<p>| | | | | | | | |
|                              |                                             |                                     |                                          |                                           |                                      |                                                                                              |         |</p>
<table>
<thead>
<tr>
<th>Zuständige Stelle</th>
<th>Wegenutzungsberechtigter</th>
<th>Straßenbaubehörde</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Adresse</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Telefon</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Wegenutzungsberechtigter</td>
<td>Straßenbaubehörde</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Ort, Datum</td>
<td>Ort, Datum</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Unterschriften</td>
<td>Unterschriften</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>
Änderungsmeldung nach dem TKG
Änderungsmitteilung nach dem TKG

über Versorgungsleitungen die aufgrund einer **Wegenutzungsberechtigung im Sinne von § 69 Abs. 1 i. V. m. § 68 Abs. 1 TKG** nach dem TKG benutzt werden

**bisheriger Benutzer/Eigentümer:**

**neuer Benutzer/Eigentümer:**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Wegenutzungsberechtigung Nr.</th>
<th>erteilt am:</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Straße: Bundesautobahn</td>
<td>Bundesstraße</td>
</tr>
<tr>
<td>Netzknoten/Abschnitt</td>
<td>Bauart der Telekommunikationslinie</td>
</tr>
</tbody>
</table>

### Lage der Leitung:

#### 1. Kreuzende Leitung

<table>
<thead>
<tr>
<th>in km/Station</th>
<th>Verlegungstiefe</th>
<th>Schutzrohr</th>
</tr>
</thead>
</table>

#### 2. Längsteilung

| von km/Station bis km/Station | Verlegungstiefe | im Gehweg | im Radweg | im Seitenstreifen | in feldseitiger Grabenböschung | in straßenseitiger Grabenböschung | Abstand von der Straßenachse / Fahrbahnrand in cm | besondere Einrichtungen und Maßnahmen (z. B. Mantelrohr, Abdecksteine, Platten usw.) | Sonstiges (ggf. auf besonderem Blatt erläutern) |
|-----------------------------|-----------------|-----------|-----------|-----------------|-----------------------------|-------------------------------|---------------------------------|----------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
3. Funkstation für den Betrieb im Mobilfunknetz / Fernspeiseeinrichtung / DSLAM

, den

(Unterschrift)
Antrag auf Mitnutzung passiver Netzinfrastruktur nach § 77d Abs. 1 TKG
Antrag auf Mitnutzung passiver Netzinfrastruktur nach § 77d Abs. 1 Telekommunikationsgesetz (TKG)

1. Antragsteller
Firma, Adresse, Geschäftszeichen

Verantwortlicher Ansprechpartner (genaue Benennung mit Telefon-Nr. zur jederzeitigen Erreichbarkeit):

☐ Der Antragsteller ist Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze/von einem solchen zur Antragstellung in dessen Namen bevollmächtigt und gemäß § 6 TKG bei der Bundesnetzagentur registriert.

☐ Die Mitnutzung erfolgt zum Zweck des Einbaus von Komponenten digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze (Übertragungsleistung von mindestens 50 Mbit/s) oder

☐ Der Antragsteller ist im Besitz einer Berechtigung, Wege für die öffentlichen Zwecken dienende Telekommunikation unentgeltlich zu benutzen (Nutzungsberechtigung, §§ 68, 69 Abs. 1 TKG) und

☐ die Urkunde über die Nutzungsberechtigung nach den §§ 68, 69 Ab. 1 TKG ist in Kopie dem Antrag beigefügt oder liegt in Kopie der Straßenbaubehörde bereits vor 6 und

☐ die Ausübung der Nutzungsberechtigung nach den §§ 68, 69 Abs. 1 TKG für die Verlegung weiterer Telekommunikationslinien ist aus folgenden Gründen nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich: ___________________________________________________________ (Beifügung entsprechender Nachweise).

2. Vorhaben
Ort
☐ Bundesautobahn… ☐ Bundesstraße…. ☐ ………
☐ Gehweg (wenn Teil der Bundesstraße) ☐ innerhalb der Ortsdurchfahrt ☐ außerhalb der Ortsdurchfahrt

Umfang der Mitnutzung

Die Lage der zur Mitnutzung vorgesehen Teile der Bundesfernstraße ist bekannt. Der genaue Umfang der Mitnutzung ist exakt (detaillierte Darstellung in textlicher Form und Plänen in digitaler Form, insbesondere digitale Übersichts- und Lagepläne der beantragten Trasse im Format AutoCad (dwg) zusätzlich Acrobat (pdf)) anzugeben z.B.:

- Genauer Bezeichnung der passiven Netzinfrastruktur, z. B. Leerrohmnutzung, Mitnutzung von teilweise belegten Rohren, Mitnutzung eines Mobilfunkmasten etc.,

- Art und Umfang der beabsichtigten Mitnutzung (insbesondere Produkt, das verlegt werden soll, Dimensionierung, Verfahren zur Verlegung, technische Ausführung der Rohröffnung und des Verschlusses (z.B. Verschluss mit Scheibenklemmen), Abzweige, deren Ort und konkreten Ausführung, Angaben zur Dichtigkeit und Muffe sowie Kabelreserve (Reservelängen ausschließlich in den Schachtanlagen), Beachtung der DIN 8074/75 für die Druckfestigkeit der mitbenutzten Rohre, Nachweis, dass die geforderten Werte nach Durchführung der Maßnahme wieder erreicht werden können, Ausführung der Arbeitsgruben, Bodenverdichtung (DIN …) und Ausführung der eigenen Schächte, Anordnung von Schächten, Muffen und Montagegruben und deren Dichtigkeit und Erreichbarkeit

- Tatsächlicher vorhandener Trassenverlauf der zur Mitnutzung vorgesehenen Rohre ist

6 Nicht zutreffendes streichen.
zu orten und zu dokumentieren (Bestand)
- Angabe zu den Grundstücken, in denen die Rohre liegen, die mitbenutzt werden sollen,
- sämtliche Kabelein- und ausführpunkte, Einblaspunkte mit konkreten Angaben zu deren Erreichbarkeit und Ausführung (Start- und Zielgruben) und Zugang zu den Arbeitsgruben
- Anordnung von Schächten, Muffen und Montagegruben und deren Dichtigkeit und Erreichbarkeit
- Einblasstrecke mit Angaben zu Problembereichen (z.B. Gefälle- oder Steigungsstrecken, an bestehenden Leitungen nachträglich errichtete Lärmschutzwälle (Quetschungsgefahren), technisch anspruchsvolle Strecken (z.B. mit Überführungsbauwerken, Bögen)
- Einwirkungen auf vorhandene Schächte und Anlagen/Anlagenteile
- Lage und Sicherheitsabstände zu Bauwerken (insbesondere Brücken, Tunnel, Entwässerungsanlagen und anderen in den Grundstücken befindlichen Leitungen oder ähnliche Anlagen)
- Bauablaufplanung (einschließlich genauer Zeitangaben, zu denen die Arbeiten ausgeführt werden sollen und des Zeitpunkts und des Umfangs der Abnahme nach Durchführung der Arbeiten)
- Weiterführung des Kabels auf Bundesflächen
- Bei Notwendigkeit eigener Stromversorgung (z.B. Systemtechnikstationen) Nachweis des Zugangs und der beabsichtigten Regelungen mit Stromversorger (Hinweis: Mitnutzung der Stromversorgung für Anlagen der Straßenbauverwaltung ist nicht möglich)
- Vorlage entsprechender Vereinbarungen (z.B. Kreuzungsvereinbarung mit anderen Leitungsbetreibern)

### Zweck der Mitnutzung

Das Gebiet, das mit digitalen Hochgeschwindigkeitsnetzen erschlossen wird, ist anzugeben.

### 3. Andere Genehmigungen oder Zustimmungen

Andere erforderliche Genehmigungen/Zustimmungen und dergleichen

☐ liegen vor.


Ort, Datum, Unterschriften

---

7 Angabe entbehrlich, soweit eine Mitnutzung nach § 77d TKG i. V. m. § 70 Abs. 2 TKG beantragt wird. In diesem Fall ist an dieser Stelle die Angabe des sonstigen Mitnutzungszwecks erforderlich.
<table>
<thead>
<tr>
<th>Vertrag über die Mitnutzung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>passiver Netzinfrastruktur gemäß § 77d Telekommunikationsgesetz (TKG)</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Vertrag über die Mitnutzung
passiver Netzinfrastruktur einer Bundesfernstraße
gemäß § 77d Telekommunikationsgesetz (TKG)
Nr. ……

zwischen
der Bundesrepublik Deutschland
- Bundesstraßenverwaltung –
vertreten durch ………………………………………
(Straßenbauverwaltung)
und
………………………………………………………………………………………………………………
in
………………………………………………………………………………………………………………
straße Nr.
………………………………………………………………………………………………………………
(Eigentümer oder Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze)
(Berechtigter)

§ 1 Benutzungsrecht

(1) Die Straßenbauverwaltung gestattet dem Berechtigten, nach Maßgabe der nachstehenden allge-
meinen und den in der Anlage beigefügten technischen Bestimmungen (Allgemeine Technische Best-
immungen für die Benutzung von Straßen und Telekommunikationslinien – ATB-BeStra (insbesonde-
re die dort unter Nr. 6 aufgeführten Normen, Vorschriften und Regelwerke)) bei Abschnitt
……………………..Station ………………………………….die folgenden passiven Netzinfrastruktu-
ren ………………………… (genaue Bezeichnung der passiven Netzinfrastrukturen; im Folgenden
„passive Netzinfrastrukturen“ genannt) der Bundesautobahn/ Bundesstraße
………………………………………………………………………………………………………………
(genaue Bezeichnung der Bundesautobahn/Bundesstraße,
Grundbuchbezeichnung, Gemarkung, Flur/ Flurstück) zum Zweck …………………………………
………………………………………………………………………………………………………………
(genaue Bezeichnung des Zwecks, z. B. des Einbaus und Betriebs
von Komponenten digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze mit einer Übertragungsleistung von mindest-
tens 50 Mbit/s; ein anderer Zweck ist nur unter den Voraussetzungen des § 70 Abs. 2 TKG zulässig)
mit zu nutzen. Die vom Berechtigten hinzugefügten Gegenstände und Anlagen werden im Folgenden
„Telekommunikations(TK) – Komponenten“ genannt.
Im Lageplan gem. Abs. 3 Nr. 2 sind die mitgenutzten passiven Netzinfrastrukturen……………………
………………………………………………………………………………………………………………
eingetragen.

(2) Die Straßenbauverwaltung gewährt dem Berechtigten die passiven Netzinfrastrukturen in dem
Zustand zur Mitnutzung, der bei der gemeinsamen Besichtigung am ………… festgestellt worden ist.
Dieser Zustand ist in dem Protokoll über diese Besichtigung vermerkt worden. Die Straßenbauverwal-
tung nutzt die passiven Netzinfrastrukturen und ihre Komponenten weiterhin und übernimmt keine
Gewähr für deren Zustand. Änderungen sind aus Gründen des Straßenbaus und der Straßenunterhal-
tung jederzeit möglich.

(3) Folgende Unterlagen sind Bestandteil dieses Vertrags:
1. Übersichtsplan (dwg und pdf)
2. Lageplan (dwg und pdf)
3. Antrag im Sinne des § 77d Abs. 1 TKG vom…
4. Erläuterungsbericht/ Baubeschreibung vom…
5. Verzeichnis der gemeldeten Unternehmen gem. § 6 TKG (Auszug) vom…

(4) Die in Absatz 1 bezeichneten passiven Netzinfrastrukturen wird der Berechtigte nur zu dem angegebenen Zweck nutzen. Dabei wird er folgende Beschränkungen zugunsten Dritter entschädigungslös dulden: ………………………………………………………………………………………………..


§ 2 Dauer des Benutzungsrechts

(1) Das Recht wird auf unbestimmte Zeit, beginnend mit dem ………….. eingeräumt.

§ 3 Arbeiten des Berechtigten


(2) Ist für die Herstellung oder den Betrieb der TK-Komponente eine behördliche Genehmigung, Erlaubnis oder dergleichen oder eine privatrechtliche Zustimmung Dritter erforderlich, so holt der Berechtigte diese ein. Der Straßenbaubehörde ist der Beginn der Bauarbeiten 14 Tage vorher schriftlich anzuzeigen. Vor Beginn der Bauarbeiten erkundigt sich der Berechtigte, ob im Bereich der geplanten TK-Komponente bereits Fernmeldeanlagen, Versorgungsleitungen oder dergl. verlegt oder eingezogen sind. Sofern durch die geplanten neuen TK-Komponenten schon vorhandene Leitungen gekreuzt werden, sind die dazu abgeschlossenen Vereinbarungen (Kreuzungsvereinbarungen und andere Vereinbarungen) der Straßenbaubehörde vorzulegen.

(3) Bei unterschiedlichen Interessenlagen ist den betrieblichen Belangen der Straßenbauverwaltung Vorrang einzuräumen. Der genaue Zeitplan für die Umsetzung der beantragten Mitnutzung bedarf der Zustimmung durch die Straßenbauverwaltung.


(5) Die Bauarbeiten werden so durchgeführt, dass die Sicherheit des Verkehrs nicht und die Leichtigkeit des Verkehrs möglichst wenig beeinträchtigt werden. Der Berechtigte hat alle zum Schutz der Straße und des Straßenverkehrs erforderlichen Vorkehrungen zu treffen; Baustellen sind abzusperren und zu kennzeichnen. Hierzu wird auf § 45 Abs. 6 StVO verwiesen.

(6) Die Baudurchführung ist durch qualifizierte Unternehmen für Erdbau und Technik erbringen zu lassen9. Bei der Verlegung/ Änderung der Telekommunikationslinie sind die anerkannten Regeln der

---

9 Bei einer Mitnutzung zum Betrieb von Mobilfunk gilt dies insbesondere auch für Maßnahmen zur Vermeidung von Schäden durch Eisabfall (TELEKOM-Empfehlungen vom März 1991 (FT 173 AB 38)).
9 Nichtzutreffendes streichen.

(7) Durch die Bauarbeiten dürfen die Zugänge zu den angrenzenden Grundstücken sowie der Anliegerverkehr nicht mehr als unvermeidbar beschränkt werden, auf § 8a Abs. 4 und 5 FStG wird hingewiesen. Eine ggf. ausgelöste Entschädigung ist vom Berechtigten zu leisten.

§ 4 Dokumentationspflicht


(2) Der Berechtigte hat diejenige Stelle und diejenige Person schriftlich zu benennen, die für den Betrieb und die Unterhaltung der TK-Komponenten verantwortlich ist. Der Berechtigte hat unaufgefordert einen Wechsel der Verantwortlichen für den Betrieb und die Unterhaltung der TK-Komponenten der Straßenbauverwaltung mitzuteilen.

(3) Der Berechtigte hat Änderungen seiner Firmenbezeichnung/Rechtsform der Straßenbauverwaltung mitzuteilen, ebenso ggf. die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mit Angabe des Insolvenzverwalter.

§ 5 Mitnutzungsregelung für den Antennenträger


(3) Der Berechtigte hat das Recht, Dritten die funktechnische Nutzung des neuen (ausgetauschten) Antennenträgers zu gestatten, wenn die Straßenbauverwaltung dem zugestimmt hat. Die Zustimmung darf nicht verweigert werden, wenn gewährleistet ist, dass der Sendebetrieb der Funkanlagen der Straßenbauverwaltung hierdurch nicht beeinträchtigt wird und keine sonstigen Belange der Straßenbauverwaltung entgegenstehen. Voraussetzung ist insbesondere, dass der Dritte die ein-

10 Falls hier keine Mitnutzung eines Antennenträger in Rede steht, Regelung bitte streichen


(5) Entstehen infolge der Mitbenutzung eines Antennenträgers durch Dritte Mehraufwendungen, gleich welcher Art, regeln die einzelnen Nutzungsberechtigten die Kostenträgung unter sich.

(6) Beabsichtigt eine der Vertragsparteien oder eine Gesellschaft, auf die sie einen beherrschenden Einfluss hat, in einem Umkreis von 500 m um die Antennenanlage die Durchführung einer baulichen Maßnahme, durch die die Sende- und Empfangsmöglichkeiten der Funkstation der anderen Partei eingeschränkt werden können, so erfolgt vorab eine Abstimmung. Für den Fall, dass sich das jeweilige Vorhaben auf die Errichtung eines Gebäudes bezieht und sich hierdurch eine Beeinträchtigung ergeben sollte, wird auf Verlangen die Installation der Funkstation in/auf dem Gebäude zu den Bedingungen dieses Vertrages geregelt.

§ 6 Zustimmungen der Straßenbauverwaltung zu Arbeiten an der TK-Komponente

(1) Der Berechtigte holt vor jeder Änderung der TK-Komponente oder vor Unterhaltungsmaßnahmen an der TK-Komponente die Zustimmung der Straßenbauverwaltung ein, wenn die Änderungen oder die Unterhaltungsmaßnahmen sich auf die Straße oder den Gemeingebrauch auswirken können. Die Straßenbauverwaltung stimmt zu, wenn und soweit die Sicherheit des Verkehrs nicht und die Leichtigkeit des Verkehrs nur kurzfristig und geringfügig beeinträchtigt werden und straßenbauliche oder sonstige öffentliche Belange nicht entgegenstehen. §§ 3 und 4 gelten entsprechend. Die Zuständigkeiten der Straßenverkehrsbehörde bleiben unberührt.

(2) Bei Unterhaltungsmaßnahmen bedarf es bei Gefahr im Verzug keiner vorherigen Zustimmung, jedoch ist der Berechtigte verpflichtet, die Straßenbauverwaltung unverzüglich zu unterrichten. Der Eingriff in den Straßenverkehr ist hiervon nicht erfasst.

§ 7 Haftung des Berechtigten


(2) Von allen Ansprüchen Dritter, die infolge der Benutzung oder der Herstellung, des Bestehens, der Unterhaltung, der Änderung oder der Beseitigung der TK-Komponente gegen die Straßenbauverwaltung oder gegen einen für diese tätigen Bediensteten geltend gemacht werden, stellt der Berechtigte die Straßenbauverwaltung und den betreffenden Bediensteten frei, es sei denn, dass diesen Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.

(3) Die Rechte aus Absatz 2 stehen auch dem Verkehrssicherungspflichtigen und seinen Bediensteten zu.

11 Die Sicherheitsleistung ist nur zu vereinbaren, wenn die begründete Besorgnis besteht, dass künftige Ansprüche der Straßenbauverwaltung sich ohne entsprechende Sicherheit nicht mehr durchsetzen lassen. In den übrigen Fällen ist dieser Satz zu streichen.
§ 8 Beeinträchtigung von Einrichtungen der Straßenbauverwaltung

Im Falle des Eintritts von Störungen an den Einrichtungen der Straßenbauverwaltung, verursacht durch den Berechtigten, ist der Berechtigte verpflichtet, die notwendigen Maßnahmen zur Beseitigung der Störung unverzüglich durchzuführen.

§ 9 Benutzungsentgelt

(1) Für die Nutzung der passiven Netzinfrastuktur der Straße durch den Berechtigten wird ein einmaliges Entgelt in Höhe von …….. € vereinbart. Das Entgelt ist zum Ersten des zweiten Monats, der auf den Tag folgt, an dem ihm die Vertragsausfertigung zugegangen ist, auf das Konto-Nr. ….. der ….. bei …. der ….. in …. zu leisten.

(2) Der Berechtigte ersetzt der Straßenbauverwaltung die Kosten der Bauüberwachung in Höhe von … durch Zahlung auf das Konto-Nr. ……………… der ….. bei …. der ….. in …. (hier ggf. Frist setzen)


(4) Der Berechtigte wird gegen das Entgelt nur mit einer unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderung aufrechnen.

§ 10 Kündigung

(1) Die Straßenbauverwaltung kann den Vertrag kündigen

1. mit einer Frist von drei Jahren, wenn die Beseitigung oder Stilllegung der TK-Komponenten zum Wohl der Allgemeinheit aus Gründen, die im Bereich der Bundesfernstraße liegen, notwendig ist, und zwar auch nach Abwägung mit den Belangen der Telekommunikation;

2. mit einer Frist von drei Monaten, wenn

2.1 der Berechtigte die Mitnutzung der passiven Netzinfrastrukturen nicht innerhalb von neun Monaten seit Zugang der Vertragsausfertigung beginnt oder die Mitnutzung drei Jahre lang ununterbrochen nicht ausgeübt hat,

2.2. ein Verwaltungsakt, der die Mitnutzung der passiven Netzinfrastrukturen oder den Betrieb der TK-Komponenten betrifft, unanfechtbar widerrufen oder aus anderen Gründen unwirksam geworden ist,

3. fristlos,

3.1 wenn der Berechtigte eine von ihm in diesem Vertrag übernommene Verpflichtung nicht innerhalb der ihm von der Straßenbauverwaltung gesetzten Frist erfüllt oder ein vertragswidriges Verhalten trotz Mahnung fortsetzt;

3.2 wenn der Berechtigte in seiner Geschäftsfähigkeit beschränkt ist,

3.3. aus Gründen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs oder

12 Ggf. Differenzierung nach Art der mitgenutzten passiven Netzinfrastuktur bzw. der Art ihrer Mitnutzung (z. B. im Falle des Erfordernisses baulicher Veränderungen am Kabelschutzhaus…). Bei der Mitnutzung von Antennen trägern sind die durch die Mitnutzung entstehenden Kosten im konkreten Einzelfall zu ermitteln und zugrunde zu legen.
3.4. wenn ein Versagungsgrund nach § 77g Abs. 2 Nr. 1, 3 bis 5 Telekommunikationsgesetz in der aktuell gültigen Fassung gegeben wäre.

(2) Der Berechtigte kann den Vertrag jederzeit kündigen.

(3) Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 11 Haftungsausschluss der Straßenbauverwaltung

(1) Im Fall der Kündigung des Vertrags oder der Sperrung, Änderung oder Einziehung der Straße besteht kein Anspruch auf Entschädigung gegen die Straßenbauverwaltung.

(2) Dem Berechtigten stehen gegenüber der Straßenbauverwaltung keine Ersatzansprüche für ihm entstehende Kosten zu, die durch das Vorhandensein anderer Straßennutzungen verursacht sind.

§ 12 Änderungen der Straße

Die Straßenbauverwaltung gibt dem Berechtigten von einer beabsichtigten Änderung der Straße oder einzelner Teile, die auch eine Änderung der TK-Komponente des Berechtigten bedingt oder die TK-Komponente des Berechtigten gefährden kann, möglichst so rechtzeitig Kenntnis, dass die Änderung oder Sicherung der TK-Komponente ohne wesentliche Beeinträchtigung der Telekommunikation durchgeführt werden kann.

§ 13 Folgepflicht und Folgekosten

Der Berechtigte führt Änderungen oder Sicherungen der TK-Komponente, die die Straßenbauverwaltung wegen einer Verlegung, Verbreiterung, oder sonstigen Änderung der Straße (auch solche, die durch Dritte Straßenbaulastträger veranlasst sind) oder wegen einer Unterhaltungsmaßnahme nach pflichtgemäßem Ermessen für erforderlich hält, nach schriftlicher Aufforderung durch die Straßenbauverwaltung unverzüglich auf seine Kosten durch, damit Straßenbaumaßnahmen nicht behindert werden.

§ 14 Beendigung der Mitnutzung

Wird die TK-Komponente auf Dauer nicht mehr betrieben oder ist das Nutzungsrecht entfallen, entfernt der Berechtigte auf Verlangen und nach den Weisungen der Straßenbaubehörde die TK-Komponente aus dem Bereich der Bundesfernstraßen einschließlich ihrer Anlagen (z. B. Brückenanlagen) und stellt den früheren Zustand wieder her; die §§ 3 und 4 gelten sinngemäß.

§ 15 Betretungsrecht der Straßenbaubehörde

Die Beschäftigten bzw. Beauftragten der Straßenbaubehörde sind befugt, die Flächen und Anlagen sowie die TK-Komponenten zu betreten, um sie zu besichtigen und die Einhaltung der vom Berechtigten nach diesem Vertrag übernommenen Verpflichtungen zu prüfen oder um die der Straßenbauverwaltung obliegenden Aufgaben zu erfüllen. Der Berechtigte hat hierzu die Anlagen und TK-Komponenten zugänglich zu machen, Auskünfte zu erteilen, die erforderlichen Arbeitskräfte, Unterlagen und Werkzeuge zur Verfügung zu stellen und technische Ermittlungen und Prüfungen zu dulden.

§ 16 Ersatzvornahme

Kommt der Berechtigte einer Verpflichtung, die sich aus diesem Vertrag ergibt, trotz vorheriger Aufforderung innerhalb einer gesetzten Frist nicht nach, so ist die Straßenbauverwaltung berechtigt, das nach ihrem Ermessen Erforderliche auf Kosten des Berechtigten zu veranlassen oder den Vertrag fristlos zu kündigen. Wird die Sicherheit des Verkehrs gefährdet, können Aufforderung und Fristsetzung unterbleiben.
§ 17 Einziehung der Straße


(2) Die Kosten der Eintragung der Dienstbarkeit und der Vormerkung sowie die der Straßenbauverwaltung dadurch entstehenden Verwaltungskosten, ferner die Kosten der katastermäßigen Aussonderung der belasteten Teilfläche des Straßengrundstücks und die Kosten der Lösung der Vormerkungen nach Wegfall des Nutzungsrechts trägt der Berechtigte.


§ 18 Übertragung der Rechte und Pflichten des Berechtigten; Mitnutzung durch einen Dritten

(1) Der Berechtigte kann die Rechte und Pflichten aus dem Vertrag mit Zustimmung der Straßenbauverwaltung auf einen anderen Betreiber oder Eigentümer öffentlicher Telekommunikationsnetze übertragen.


§ 19 Gerichtsstand

Der Gerichtsstand ist am Sitz der Straßenbauverwaltung. Dies gilt nicht für Streitigkeiten nach § 77n Abs. 1 TKG.

§ 20 Änderung des Vertrages

(1) Änderungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.

(2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags unwirksam sein, so wird die Wirksamkeit der übrigen Vertragsteile davon nicht beeinträchtigt. Für diesen Fall verpflichten sich die Vertragsparteien, eine wirksame Regelung zu treffen, die der unwirksamen Bestimmung möglichst nahe kommt.
§ 21 Ausfertigung des Vertrags

(1) Der Vertrag wird …..fach ausgefertigt.

(2) Jede Vertragspartei erhält …..Ausfertigung dieses Vertrags.

………………………, den …………….               …………………           den………………………

(Ort, Datum) (Ort, Datum)

(Straßenbauverwaltung) (Berechtigter)
Ablehnung des Antrags auf Mitnutzung gemäß § 77g TKG
Vollzug des Telekommunikationsgesetzes (TKG); Entscheidung nach § 77g Abs. 1 TKG
Mitnutzung der vorhandenen passiven Netzinfrastruktur von Netzknoten …./Abschnitt

Ihr Antrag vom

Anlagen:
- Datenblatt
- „Trassenplan“
-

Der Antrag vom …auf Mitnutzung der passiven Netzinfrastruktur der Bundesfernstraße …….. wird abgelehnt.

Die Entscheidung ergeht kostenfrei.

Begründung:

Die Mitnutzung erfolgt nicht zum Zweck des Einbaus von Komponenten digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze (Übertragungsleistung von mindestens 50 Mbit/s) und die Voraussetzungen für eine Mitnutzung passiver Netzinfrastruktur nach § 70 Abs. 2 TKG liegen nicht vor. Sie sind nicht nutzungsrechtlich nach den §§ 68, 69 TKG bzw. haben auch nach meiner Aufforderung vom ….. diese Nutzungsberechtigung nicht nachgewiesen und haben nachgewiesen, dass die Ausübung der Nutzungsberechtigung nach den §§ 68, 69 TKG nicht bzw. nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist (Konkrete Erläuterungen hierzu unbedingt erforderlich)\(^{13}\).

Die passiven Netzinfrastrukturen (konkrete Bezeichnung) sind für die von Ihnen beabsichtigte Unterbringung der Komponenten digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze (konkrete Bezeichnung) beziehungsweise der sonstigen Netz-Komponenten\(^ {14}\) nicht geeignet (konkrete Erläuterungen unbedingt erforderlich).

Die Mitnutzung ist in den beantragten Bereichen (ggf. Teilbereichen) aus Sicherheits- und/oder Kapazitätsgründen nicht möglich (soweit Teile einer kritischen Infrastruktur, insbesondere Informations-technik – siehe zum Begriff der Kritischen Infrastruktur Anhang 7 der Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastruktur nach dem BSI-Gesetz (BSI-KritisV: Verkehrssteuerungs – und Leitsysteme für das Netz der Bundesautobahnen, wobei Verkehrssteuerungs- und Leitsystem eine Anlage oder ein System zur Verkehrsbeeinflussung im Straßenverkehr einschließlich der in § 1 Abs. 4 Nr. 1, 3 und 4 des Bundesfernstraßengesetzes in der jeweils geltenden Fassung genannten Einrichtungen, der Betriebstechnik sowie der Telekommunikationsnetze ist) - betroffen ist, ist darzulegen, dass diese nachweislich besonders schutzbedürftig und für die Funktionsfähigkeit der kritischen Infrastruktur maßgeblich sind, und der Betreiber die Mitnutzung der ihm durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes auferlegten Schutzpflichten nicht durch verhältnismäßige Maßnahmen ermöglichen kann).

Die Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs erfordert…..Es bestehen hier konkrete Anhaltspunkte…

\(^{13}\) Nicht zutreffendes streichen. Ebenso nicht zutreffende Ablehnungsgründe streichen.
\(^{14}\) Nicht zutreffendes streichen.
Die Querschnittreserve/das/die bisher ungenutzte(n) Kabel dient/dienen dem überschaubaren eigenen Änderungsbedürfnis (z.B. weitere Straßenausstattung zur Gewährleistung der technischen Ansprüche an die Straße (z.B. car 2 car) ……

Die Querschnittreserve dient dem unvorhersehbaren Eigenbedarf; Verlegung weiterer Leitungen wäre sonst nicht möglich; …… (konkrete Erläuterungen unbedingt erforderlich, inwieweit wird unvorhersehbarer Eigenbedarf angenommen)

Der über die Querschnittsreserve hinausgehende Querschnitt steht unter Berücksichtigung der 5-Jahres-Planung nicht zur Verfügung (konkrete Erläuterungen unbedingt erforderlich).

Es werden bestehende Glasfasernetze überbaut, die einen diskriminierungsfreien, offenen Netzzugang zur Verfügung stellen (konkrete Darlegung, welche Glasfasernetze bestehen, die überbaut werden. Es kommt nicht auf eine bestimmte technische Ausführung oder Bandbreite an. In der Regel ist die bestehende Glasfaserversorgung über den Breitbandatlas abrufbar. Offener Netzzugang kann bei regulierten und staatlich geförderten Glasfasernetzen unterstellt werden. Im Übrigen können weitere Erkenntnissequellen wie öffentliche Vorleistungsangebote hinzugezogen werden oder es kann beim Anbieter nachgefragt werden).

Rechtsbehelfsbelehrung:

(…..)
Hinweis:
Gegen die (ggf. teilweise) ablehnende Entscheidung kann gemäß § 77 n Abs. 1 TKG eine Entscheidung der Beschlusskammer der Bundesnetzagentur beantragt werden.

(.........)

i. A.
Synopse zur TKG-Änderung vom 10.11.2016 (DigiNetzG)